

Darauf werden dann die „Hilf“er-Jünglinge stammeln, daß sie gewissermaßen auch gegen die Ausbeutung seien: Sie bekämpfen nämlich die „Zinsnechtschaft“. Einer weist ein Knallgelbes Heft, „Das Programm der NSDAP“, vor, versetzt von Gottfried Feder, der ein langes und breite von einem „deutschen Sozialismus“ orakelt.

Der Sprecher von vorn, der ein wenig in diesem Heft geblättert hat, gibt es kopfschüttelnd zurück: „Das ist alles mirres, krauses Zeug. Da lese ich beispielsweise beim Aufschlagen, daß Herr Gottfried Feder die Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten am Betriebe für das soziale Allheilmittel hält. Wenige Zeilen später bekennst er, daß sich diese Gewinnbeteiligung in der Praxis gar nicht durchführen läßt, daß die Arbeiter gemeinnütziger kommunaler Betriebe zum Beispiel dabei gänzlich leer ausgehen würden. Die Gewinnbeteiligung, so schreibt Herr Feder, sei also nur „im höheren Sinne“ wie es der Nationalsozialismus auffaßt, zu verwirklichen. Und als ich neugierig wurde, wie dieser „höhere Sinn“ des Herrn Feder in der Praxis aussieht, da stieß ich auf den grandiosen fettdruckten Satz: „Preisfentzung heißt das Zauberwort, das jeden Volksgenossen gewinnbeteiligt macht am Arbeitsertrage der Gemeinschaft.“ — Also, dann ist wohl Herr Brüning euer sozialer Apostel? Dann ist offenbar die jetzige Preisfentzungssatzung die Bollendung des nationalsozialistischen Ideals? Denn nun sind wir alle nach Herrn Feder offenbar gewinnbeteiligt und reiflos glücklich.“

Die „Hilf-ler-Jünglinge“ stehen begossen. Der sozialistische Arbeiter aber fährt fort: „Ich will mir diesen Schmarren einmal einstecken und euch bei nächster Gelegenheit einen Vortrag halten, was eigentlich laut Programmschrift die wirtschaftlichen Ziele der Nationalsozialisten sind. Für heute verlange ich klipp und klare Antwort auf die Frage: Besteht nach der nationalsozialistischen Lehre ein wirtschaftlicher Interessengegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern, der die Arbeitnehmer zum dauernden Zusammenschluß und zum Kampf um ihre Interessen zwingt — besteht er oder nicht?“

Hierauf erwidern die „Hilf-ler-Jünglinge“: „Das sei so eine Sache. Zwischen dem germanischen Unternehmer und dem germanischen Arbeiter bestehe ein Gegensatz nicht. Das „schaffende“ Kapital beziehe die Arbeiter nicht aus, sondern nur das in jüdischen Händen befindliche „raffende“ Kapital.“

Antwort des sozialistischen Arbeiters: „Wir haben in der Praxis diesen Unterschied nie bemerkt. Die christlichen Direktoren von Siemens haben uns genau so ausgenutzt wie die jüdischen Direktoren der A.G.E. Die Seeleute und Werftarbeiter des streng christlichen „Norddeutschen Lloyd“ waren stets ebenso schlecht gestellt wie die der Hamburg-Amerika-Linie, an deren Spitze der Jude Ballin stand! Ihr behauptet, der Unternehmer sei zur Ausbeutung des Arbeiters gezwungen nur so lange und weil er an die jüdischen Banken Zinsen zahlen müsse. Nun, der größte deutsche Industrietrust die I.G.-Farben (Chemietrust) stellt in seinem letzten Geschäftsbericht fest, daß er keinen Pfennig Bankschulden habe. Fragt nun einmal die Beuna-Proleten, ob es ihnen nun gut geht. Nein! Die Stahlarbeiter haben mit der gesundheitsschädlichste Arbeit und die niedrigsten Löhne in Deutschland. So sieht eure germanische Interessensharmonie in Wirklichkeit aus. — Genossen, wie haben wir bisher diejenigen genannt, die uns vormachen wollten, daß zwischen uns und dem Unternehmer Interessensharmonie herrsche?“

Chorus der gesamten Belegschaft: „Selbe, Selbe, Selbe!“

Der „Vorwärts“ und Mussolini.

Ein Nachwort zum Zechlin-Sontag-Prozess.

Der Herausgeber der „Grünen Briefe“, Herr Sontag, hat gestern vor dem Schöneberger Schöffengericht seine Vorwürfe gegen den Chef der Reichspressstelle, Dr. Zechlin, widerrufen, und die Anklage gegen ihn ist daraufhin zurückgenommen worden. Wir bedauern diesen Ausgang des Prozesses, denn wir hätten sehr gern den Wünschen des Herrn Sontag entsprochen und das Verhältnis des „Vorwärts“ zur deutschen Regierung und zum italienischen Faschismus gerichtsnotorisch gemacht. Nachdem dies unmöglich geworden, sei hier folgendes festgestellt:

1. Der „Vorwärts“ ist das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Daraus folgt, daß es niemals „Regierungsorgan“ sein kann, es sei denn, daß die Sozialdemokratie allein regierte. Insbesondere kann der „Vorwärts“ nicht Organ einer Regierung sein, die von bürgerlichen Parteien mitgeleitet wird oder die von der Sozialdemokratie gar nur „toleriert“ wird.

2. Dem Reichspresschef steht ein Einfluß auf die Haltung des „Vorwärts“ nicht zu. Welcher Partei sich dieser Beamte der Reichsregierung zurechnet, ist in dieser Beziehung vollkommen gleichgültig.

3. Der „Vorwärts“ hält es für seine Pflicht, in der Außenpolitik die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten. Für die Art und Weise, in der er das tut, sind jedoch nicht die Wünsche der Regierung maßgebend, sondern die Grundzüge der Sozialdemokratischen Partei.

4. Den Grundsätzen der Sozialdemokratischen Partei entsprechend, bekämpft der „Vorwärts“ jede Unterdrückungspolitik. Er wird darum nicht aufhören, den Faschismus als einen Todfeind zu bekämpfen und den Freiheitskampf Italiens gegen seine Unterdrücker mit allen Kräften zu unterstützen.

Harzer Angst vor Neuwahl.

In Danzig, wo sie regieren.

Danzig, 5. Januar.

Der Volkstag lehnte das Volksbegehren auf Auflösung des Volkstages mit 43 Stimmen der Regierungsparteien (Deutschnationale, Zentrum, Block der Nationalen Sammlung und Nationalsozialisten) gegen 25 Stimmen der Linksparteien ab. Es wird nunmehr ein Volksentscheid erfolgen.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung befaßt sich jetzt unter anderem mit den Preisen für Milch, für Benzin und für Schuhreparaturen. Die Brotpreise sind überall herabgesetzt, im Westen um 8 bis 9 Pf.

Gefährdung der Reichseinheit?

Gefährliche Wirkungen der Hitlerbewegung.

Genosse Wilhelm Hoegner-München schreibt:

Die nationalsozialistische Bewegung hat in den letzten Jahren ihr Schwergewicht nach Norddeutschland verlegt. Dort mischen ihr noch ungeahnte Möglichkeiten, im Süden des Reiches dagegen, vor allem in Bayern, hat sie bei den Septemberwahlen von 1930 so ziemlich ihre natürlichen Grenzen erreicht. Offenbar denkt Hitler nicht mehr daran, wie im Jahre 1923 den Marsch auf Berlin von Bayern aus zu beginnen. Die Entscheidung darüber, ob die deutsche parlamentarische Demokratie von einer offenen oder verhehlerten faschistischen Diktatur abgelöst werden soll, wird also voraussichtlich in Preußen fallen.

Die Umgruppierung der nationalsozialistischen Kräfte ruft im Süden und Westen des Reiches Gedankengänge wach,

die einen etwaigen Sieg des Nationalsozialismus in Norddeutschland als schwerste Gefährdung der Reichseinheit erscheinen lassen.

Als sich die Bestrebungen, unter Umständen den deutschen Süden vom Norden — vermeintlich — zeitweilig zu trennen, nicht neu. Als man in den Jahren 1919/20 eine Bolschewisierung Norddeutschlands vielfach für unvermeidlich hielt, sprachen erstklassige bayerische Politiker in aller Öffentlichkeit davon, Bayern müsse sich vom Reich „abtupfen“, „das gesunde Glied vom kranken abtrennen“ und für die Wiederherstellung besserer Zeiten abwarten. Heute werden unter dem Eindruck des angeführten nationalsozialistischen Schreckensregiments in Bayern und auch im Rheinland wieder ähnliche Erwägungen angestellt. Zunächst machen sich gewisse monarchistische Verschwörer, die seit der in Lächerlichkeit verurteilten Staatsherrschaft des Herrn von Kahr für Kuppelarbeit im Herbst 1923 unter der Decke arbeiten mußten, die wachsende Gegenstimmung gegen den Nationalsozialismus zunutze. Sie empfehlen sich laut und lauter als Gegengift gegen den nationalsozialistischen Massenwahn.

Nach ihrer Beweisführung kann nur durch Ausrunderung der Monarchie oder mindestens der Staatspräsidenten für einen Wittelsbacher die nationalsozialistische Herrschaft ohne Blutvergießen von Bayern ferngehalten werden.

Nur in diesem Falle würden angeblich die nationalsozialistischen Offiziere, ebenso wie die Mehrheit der sonstigen Mitglieder der nationalen Verbände, „eingedenk ihres Jahnentides“ aus der Hugenberg-Hitler-Front herauszubringen sein. Im Volke würde die Erinnerung an die guten alten Zeiten der ehemals vollstümlichen bayerischen Monarchie sich als stärker erweisen, als der Wunderglaube ans Dritte Reich. Die Monarchisten rechnen auch mit der hitlerfeindlichen Einstellung der katholischen Geistlichkeit, die im Nationalsozialismus norddeutscher Prägung eine rein protestantische Bewegung erblickt. Sie weisen darauf hin, daß gerade die belohnte Einstellung gegen die „schwarze Internationale“ der Hitlerbewegung im norddeutschen Bürgertum so starken Anhang verschafft hat und daß infolgedessen unter einer nationalsozialistischen Diktatur die deutschen Katholiken wieder zu Staatsbürgern zweiter Klasse herabgedrückt würden. Von der bayerischen Arbeiterschaft fürchten sie keine starke Gegenwirkung, weil diese, vor die Wahl gestellt, unter dem nationalsozialistischen Gewaltsystem zugrundegehen oder unter der Monarchie als „loyale Opposition seiner Majestät“ für die Verbesserung ihrer Lage wirken zu dürfen, lieber die Monarchie über sich ergehen lassen würde.

Man braucht derartige politische Treibereien, bei denen vielfach der Wunsch der Vater des Gedankens ist, nicht zu überhagen.

Tatsache ist aber, daß auch verantwortliche süd-deutsche Politiker sich angesichts der Rauheit der

Reichsregierung in der Bekämpfung der nationalsozialistischen Untertöne über die mögliche Entwicklung im Norddeutschland Sorgen zu machen beginnen.

In diesen Kreisen nimmt man an, daß der Nationalsozialismus im republikanischen Preußen sich nur nach blutigen Kämpfen in den Besitz der Macht setzen könnte. Im Falle eines Bürgerkrieges würden aber die süddeutschen Staaten vor schwerster Entscheidung stehen.

Besonders bedenklich stimmen zuverlässige Meldungen aus dem Rheinland, daß sich dort wieder der Separatismus zu regen beginnt. Schon im Jahre 1923 hatten die Separatisten und ihre französischen Hintermänner ihre größten Hoffnungen auf die Hitlerbewegung gesetzt. Nach einer amtlichen Mitteilung des bayerischen Regierungs-Präsidenten der Pfalz vom 10. November 1931 waren die französischen Generale in Speyer sehr enttäuscht, als ihnen ein bayerischer Regierungsbeamter auf das bestimmteste versicherte, daß der Hitlerputsch in München gescheitert sei.

Die französisch-belgischen Truppen am Rhein hatten damals nach einer Neuierung des Generals de Ravinac auf den Weichsel getwartet, die Mainlinie zu besetzen.

Gewiß steht heute das amtliche Frankreich nicht mehr auf dem Standpunkt des französischen Verhandlungsplanes für die Versailler Friedenskonferenz. Die Unstimmigkeiten der Länder, aus denen Deutschland besteht, zu fördern. Aber die Gelegenheit hat auch in der Politik schon oft Diebe gemacht. Auch heute könnte der Versuch der Einrichtung einer Hitlerdiktatur in Deutschland einem nationalsozialistischen Frankreich wiederum den Vorwand zu Sicherungsmassnahmen gegen Deutschland liefern. Dann hätte eine Politik, die es mit ihrer angeblich nationalen Grundhaltung für vereinbar hält, wiederholt den verantwortlichen Leitern der deutschen Außenpolitik in den Rücken zu fallen und aus Mächtigern die Zukunft des deutschen Volkes aufs Spiel zu setzen, das erzielt, was bisher den schlimmsten Feinden Deutschlands nicht gelungen ist.

Die deutsche Republik ist nach 1918 mit separatistischen Bestrebungen im Westen und Süden des Reiches mehr als einmal fertig geworden. Das kostbarste Gut des deutschen Volkes, seine unter unglücklichen Mähen erkämpfte Einheit, ist uns bis heute erhalten geblieben. Wir Sozialdemokraten wissen, daß durch eine Zersplitterung des Reiches auch das wirtschaftliche Gedeihen der deutschen Arbeiterschaft, ihre stolzen Organisationen, ihre Zukunftshoffnungen in Frage gestellt wären. Wir bekämpfen eine faschistische Gewaltsdiktatur ebenso wie eine monarchistische Restauration, die auf seinen Sohlen ihre eigentümlichen Pfade schließt.

Aber gerade weil wir nach einem Ausspruch der Pariser Action Française von 1923 „die besten Verteidiger der deutschen Einheit“ sind, haben wir angesichts der außenpolitischen Schwierigkeiten ein Recht darauf, von der Reichsregierung endlich Taten gegen die nationalsozialistischen Zersplitterer des Reichsgedankens zu fordern.

Dieser Tage erst hat ein katholisches Blatt, die hochangesehene „Kugensburger Postzeitung“ geschrieben: „Der Kampf gegen Hitler ist der Kampf für den deutschen Rhein!“ In der Tat ist der Nationalsozialismus aus einer Gefahr für die Staatsform zu einer Gefahr für den Bestand des Reiches geworden. Für Deutschland stehen größte Entscheidungen heran. Möge der Reichskanzler Brüning sich in diesen Tagen das Wort Turgots an Ludwig XVI. vor Augen halten: „Gedenket, daß es Schwäche gewesen ist, die Karl I. Haupt auf das Schafott gebracht hat.“

Polizeioffiziere und Ministerium

Auch die Offiziersvereinigung treu zur Verfassung.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit:

Der Vorsitzende der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens, Polizeioberst a. D. Dillenburg, hat am 3. Januar 1932 dem preussischen Minister des Innern eine schriftliche Erklärung überreicht, in der es heißt:

„Die Vereinigung bekämpft die von ihr nicht beabsichtigte und nicht veranlaßte Presseveröffentlichung der am 9. Dezember vortragenden Stellungnahme zum Fall Levit, da hierdurch der Eindruck einer Mißtrauensstimmung gegen den Herrn Minister erweckt worden ist. Solches Mißtrauens- oder Vertrauensvotum gegen einen Ressortchef auszusprechen, ist aber ein Verbot gar nicht bevollmächtigt. Vielmehr ist solches Votum nur eine Waffe im parlamentarischen Kampf. Ebenfalls ist ein Verbot befehligt, in den Dienstbetrieb einzugreifen. Solcher Eingriff ist auch von der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens mit ihrer Stellungnahme nicht beabsichtigt gewesen. Es sollte vielmehr mündlich die Auffassung der Vereinigung zum Fall Levit vorgetragen werden. Um aber in Zukunft ähnlichen Mißverständnissen oder unerwünschten Presseveröffentlichungen vorzubeugen, wird die Vereinigung gegebenenfalls keine derartig scharf pointierten Äußerungen mehr schriftlich festlegen, sondern die betreffende Angelegenheit durch mündlichen Vortrag erledigen. Die von einem Teil der Presse oder anderen Organisationen aus oben erwähnter Stellungnahme herauskonstruierten Zweifel in die Verfassungstreue der Polizeioffiziere entbehren jeder, auch der schwächsten Grundlage. Die Vereinigung hat das stets offen betonte Ziel, für engsten Zusammenhalt und unbedingte Manneszucht innerhalb der Schutzpolizei zu arbeiten und einzutreten für strengste Innehaltung der Verfassung, und sie wird darin ihrem Ressortchef die unbedingte Gefolgschaft leisten, ebenso wie zur Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Staatsform.“

Daraufhin hat der preussische Minister des Innern die gegen die Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens getroffenen Maßnahmen aufgehoben.

Die Wasserstraßen.

Treviranus vor den Ländervertretern.

Vor einer Länderkonferenz besprach am Mittwoch der Reichsverkehrsminister Treviranus die Frage der Verwirklichung der Wasserstraßenverwaltung und die Schwierigkeiten, die in der Praxis sich herausgestellt haben. Er führte unter anderem aus, der Übergang der Wasserstraßen in die Verwaltung des Reiches gehe auf eine Anregung Preußens zurück. Die

Reichswasserstraßenverwaltung bedeutete den Abschluß der von Preußen seit Jahrzehnten systematisch verfolgten Zusammenfassung der staatlichen Flüsse an den großen Vorläufern. Grundlegend war diese Notwendigkeit schon durch das Schiffsahrtsgesetz von 1911 anerkannt. Die von der Verfassung von 1919 angeordnete Uebernahme der Wasserstraßen auf das Reich wurde durch Staatsvertrag vom 20. Juli 1921 tatsächlich durchgeführt; seitdem trägt das Reich die verfassungsmäßige Verantwortung für die Wasserstraßenverwaltung und auch die gesamten Kosten. Wegen der bekannten Differenz über das von den Ländern in Anspruch genommene Mißbestimmungsrecht einigten sich Reich und Länder damals darauf, die sachliche Zentralisierung des Reichsverkehrsministeriums sofort einzurichten, es aber für eine kurze Uebergangszeit bei der bisherigen Verwaltung durch Mittel- und Unterbehörden der Länder zu belassen.

1925 beauftragte der Spruch des Staatsgerichtshofes die selbständige Organisationsbefugnis des Reiches. Die daraufhin am 16. November 1926 erneut an die Länder gerichtete Bitte um Mitarbeit an der endgültigen Ordnung der Verwaltung führte zu keinem Fortschritt. Die Länder wiesen die Entscheidung des „Ob“ der selbständigen Reichswasserstraßenverwaltung der Reichsregierung zu.

Treviranus unterbreitete den Ländervertretern dann den Gesetzentwurf, den die Reichsregierung für die Uebernahme der Verwaltung ausgearbeitet hat.

Die Besprechung führte im Anschluß an die Rede des Ministers zu einer ausführlichen Aussprache. Namens der deutschen Wasserstraßenländer gab der preussische Staatssekretär Krüger die Erklärung ab, daß auch die Länder den Wunsch hätten, in der Verwaltung der Wasserstraßen jede mögliche Ersparnis machen zu helfen. Es sei aber zu befürchten, daß durch die geplante Neuorganisation im Gesamthaushalt von Reich und Ländern keine Ersparnisse, sondern Mehraufwendungen entstünden. Mit Ausnahme der Hansestädte hätten alle Länder gegen die Pläne des Reichsverkehrsministers das Bedenken, daß sie eine organische Reichsverwaltungsreform gefährdeten, weil sie wieder eine Reichsföderation schaffen wollten, die aus dem Zusammenhang mit der allgemeinen Verwaltung gerissen werde.

Der hamburgische Staatsrat Krönig erklärte, daß die Hansestädte das Recht des Reichs auf einen reichseigenen Unterbau in der Wasserstraßenverwaltung anerkannten, ohne allen Einzelheiten der Vorschläge zuzustimmen.

Bankier Ostrie ist am Dienstag vom Pariser Strafgericht in einem gegen ihn eingeleiteten Prozesse zu 1½ Jahren Gefängnis und 5000 Franken Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte 70 000 Aktien der französischen Schutzgesellschaft, die seiner Bank zur Aufbewahrung anvertraut waren, zu Geschäftszwecken veräußert. Der Direktor der Schutzgesellschaft, der mit Ostrie unter einer Decke stand, wurde zu einem Jahr Gefängnis und 3000 Franken Geldstrafe verurteilt.

„Tageblatt“ gegen „Volkszeitung“.

Kein Wort an dem ganzen Schwindel wahr!

Unter der Überschrift „Klare Linien!“ polemisiert das „Berliner Tageblatt“ gegen gewisse Geschichtsträger, die von einer angeblich bevorstehenden Unterredung Bröner-Hitler und einer in Bildung begriffenen „Einheitsfront mit Hitler“ zu erzählen mußten. Diese Unterredung sei gar nicht vorgesehen, und alle an sie geknüpften Mutmaßungen zerfielen daher in nichts. Vollkommen zutreffend stellt das Blatt fest, daß das ganze Gerede über eine „Einheitsfront“ für die Reparationsfrage Unsinn ist:

Für die rein negative Feststellung der Unmöglichkeit der Zahlungen bedarf es gar nicht der Herstellung einer befriedigenden Einheitsfront; sie ist von selbst vorhanden; sie würde außerdem nicht bei den Sozialdemokraten aufhören, sondern auch die Kommunisten umschließen. Sobald es sich aber darum handeln wird, positiv die Art des Vorgehens zu bestimmen, würde sich diese Linie sofort auflösen. So wünschenswert es für die Regierung wäre, bei den außenpolitischen Verhandlungen eine möglichst große Mehrheit hinter sich zu haben — mit der hohen Ruffe wäre ihr nicht im geringsten gedient.

Was das „Berliner Tageblatt“ begreiflicherweise nicht sagt, das ist, daß sich seine Polemik gegen die „Berliner Volkszeitung“ richtet, die mit ihm im gleichen Verlage erscheint.

Den neuen Herren der „Berliner Volkszeitung“ ist kein Gerücht zu dumm, wenn es ihnen nur geeignet zu sein scheint, gegen die Sozialdemokratie Stimmung zu machen. Zwischendurch aber laufen sie zu den „Prominenten“ der Partei und erbitten — im Vertrauen darauf, daß der veränderliche Charakter des Blattes noch nicht genügend bekannt ist — Beiträge von ihnen.

Diese ebenso neuen wie eigenartigen Methoden mögen für geschäftlich vorteilhaft gehalten werden, daß sie politisch enormen Schaden anrichten, bedarf keines Nachweises. Wir haben darum für den Ruf des „Berliner Tageblatt“ nach klaren Linien volles Verständnis.

Nazi-Helden.



Am Vormittag.



Am Abend.

Braunschweiger Koalitionsfrach.

Sturz des Staatsbankpräsidenten?

Braunschweig, 5. Januar. (Eigenbericht.)

Die Fraktion bürgerliche Einheitsliste wendet sich in einer scharf gehaltenen Erklärung gegen die nationalsozialistische Fraktion des Braunschweigischen Landtags, in der sie sich gegen das Verlangen wehrt, ihr Mitglied den Ministerialrat Marquardt, aus dem Hauptauschuss zurückzuziehen. In der Erklärung heißt es wörtlich:

„Wir haben nicht die geringste Veranlassung, Herrn Marquardt aus dem Hauptauschuss zurückzuziehen. Vorschläge oder Ratschläge darüber seitens der nationalsozialistischen Landtagsfraktion lehnen wir ab, besonders, wenn diese es für zulässig und mit dem Gedanken einer Koalition vereinbar hält, mit einer Erörterung dieser Dinge in die Öffentlichkeit zu gehen, ohne uns vorher verständigt zu haben.“

Die nationalsozialistische Fraktion erwidert darauf:

„Jedemwelsche Vorwürfe gegen den Finanzminister Kühnhauf sind in Sachen Stücken von uns nicht gemacht worden. Nichtsdestoweniger müssen wir uns das Recht zu einer Kritik an ministeriellen Maßnahmen jederzeit vorbehalten, genau so, wie das z. B. auch jederzeit von den Mitgliedern der bürgerlichen Einheitsliste unserer Minister gegenüber geschehen ist.“

Es scheint jetzt Taskasse zu werden, daß der Staatsbankpräsident Stücken aus seinem Urlaub nicht mehr zurückkehren wird. Die bürgerliche Einheitsliste merkt aber auch in diesem Falle, daß die Nationalsozialisten sehr unbehagliche Koalitionsfreunde sein können.

Klagges hat genug „gereinigt“.

Gestern ist der letzte sozialdemokratische Referent aus dem braunschweigischen Staatsministerium entfernt worden. Der Oberregierungsrat Quack, Referent für das Berufsschulwesen, ist als Gewerkeoberlehrer an die Berufsschule Braunschweig versetzt worden. Das braunschweigische Staatsministerium ist nun völlig sozialistenrein. Herr Klagges hat den ihm erteilten Auftrag der Marginalienbeseitigung im Staatsministerium also gut durchgeführt.

Kleinstaatens-Jdyll.

Harzburger-Mosauer Einheitsfront.

Dessau, 5. Januar. (Eigenbericht.)

Mitten in der Weltwirtschaftskrise und mitten in dem Kampf um die großen politischen Entscheidungen Deutschlands und der Welt wird von freundlichen Menschen für einige Erhellung gejagt. Die bürgerlichen Rechtsparteien in Anhalt, Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Volkspartei und Wirtschaftspartei, haben selbstverständlich verstärkt durch die Kommunisten, in der Dienstag-Sitzung des Anhaltischen Landtags die sozialdemokratische—demokratische Regierung Deist-Becker gestürzt.

Der Verlauf dieser Landtags-Sitzung zeigte wieder einmal den Unfug des Ländersparlamentarismus im engersten Sinne. Anhalt hat 350 000 Einwohner; das Ministerium hat infolgedessen nicht mehr Bedeutung als der Magistrat einer mittleren Großstadt. Nach lächerlicher Arbeit als der Vorgang des Regierens selbst ist der Grund, aus dem er geschah. Das Land Anhalt setzt sich aus fünf Kreisen zusammen, von denen das Ministerium aus Gründen der Ersparnis, durch die Notverordnung des Reichspräsidenten ermächtigt, zwei Kreise zu einem zusammengelegt hat. Im Zuge der gleichen Verwaltungsmaßnahme hat das Ministerium verfügt, daß der Sitz der Kreisregierung der zusammengelegten Kreise Dessau und Köthen nach der Direktoren der zusammengelegten Verwaltungsgebiete leichter erreichbar und für das betreffende Verwaltungsgebiet leichter erreichbar sein sollte. Dessau liegt weiter. Darüber empörten sich einige bürgerliche Kreisratsmitglieder und führten einen Rechtsbehelf des Landtags herbei, der sich gegen die Maßnahme der Regierung hinsichtlich der Bestimmung des Kreisvorortes wandte. Die Regierung konnte selbstverständlich nichts anderes tun, als auf ihren, aus Gründen der Zweckmäßigkeit, erfolgten Entscheidungen bestehen.

Aus diesem außerhalb Anhalts wahrscheinlich ganz verständlichen Unfug stürzten die Rechtsparteien eine Regierung, deren sachliche Arbeit und vorzügliche Finanzverwaltung sie Jahr für Jahr dadurch anerkannt hatten, daß sie nach entsprechenden Kompromißverhandlungen die Annahme des Haushaltsplans immer wieder ermöglichten. Das einzige überhaupt begriffliche Motiv für die Rechtsparteien ist, wie der sozialdemokratische

Die Politik der starken Hand.

Hunderte von Verhaftungen in Indien. / Gegenmaßnahmen der Kongresspartei.

London, 5. Januar. (Eigenbericht.)

Das Gerücht, daß Truppen von England nach Indien zur Verstärkung der dortigen englischen Streitkräfte geschickt würden, wird von offizieller Seite dementiert.

Es haben bereits Hunderte von Verhaftungen in Indien stattgefunden. Der Kongress stellt sich immer mehr auf den passiven Widerstand ein. Seit der Verhaftung Gandhis hat der Kongress nicht weniger als drei Präsidenten gehabt, die nacheinander verhaftet worden sind. Es wurden 60 sogenannte Kriegerstrafe gebildet, von denen einer dem anderen folgen soll. Selbst wenn täglich ein ganzer solcher Kriegerstrafe verhaftet wird, würden diese Räte zwei Monate ausreichen.

Der Kongress will versuchen, die indischen Goldexporte nach England, die in letzter Zeit sehr häufig gewesen sind, zu unterbinden und das Gold direkt nach Frankreich zu lassen. Die Kassenbestände des Kongresses sollen niedrig sein; um das Risiko der Beschlagnahme möglichst zu verringern, werden die Geldvorräte in eine Vielzahl kleiner Fonds aufgeteilt. Wie sich die Bemühungen der Regierung, die Geldumwendungen an den Kongress zu unterbinden, auswirken werden, läßt sich noch nicht übersehen.

Demonstrationsmärsche britischen Militärs.

Bombay, 5. Januar.

Das englische Militär in Indien entwickelt angesichts der gespannten Lage eine lebhaftere Tätigkeit, um Ausschreitungen von vornherein zu verhindern. Das Flaggschiff „Effingham“ segelte in Chittagong eine Abteilung Matrosen und ein Schiffgeschütz an Land. Es folgte ein Marsch durch die Straßen der Stadt, an dem auch Mannschaften der englisch-indischen Armee und Polizei teil-

nahmen. Ein schottisches Bataillon setzte sich am Dienstagabend von Pune nach Solapur in Marsch, um von dort aus einen großen Marsch durch die am dichtesten besiedelten Gebiete auszuführen und die englische Flagge zu zeigen.

Kinder als Streikpropagandisten vorgeschickt und verhaftet.

Cawnpur, 5. Januar.

Die Polizei hat jede Ansammlung von sieben oder mehr Personen in den Straßen für drei Tage verboten. Jetzt machen Schulkinder den Versuch, in der Stadt zum Streik aufzurufen. Seit dem frühen Morgen durchziehen sie die Straßen und verkünden unter Trommelschlag den Streik, der eine Woche dauern soll. Sechs Kinder sind in Gewahrsam genommen worden.

Wie erinnertlich, begannen die Unruhen nach letzten Nacht in Cawnpur ebenfalls mit Rundzügen von Kindern.

Scharfe Schüsse in Benares.

Benares, 5. Januar. (Reuter.)

Die Polizei versuchte vergeblich, Anhänger Gandhis auseinanderzutreiben, die sich zu einer ungesetzmäßigen Versammlung vereinigt hatten. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen und mußte von der Schusswaffe Gebrauch machen. Die Verluste sind noch nicht bekannt, aber man glaubt, daß eine Person getötet wurde.

Die Bildung von Exekutivkomitees in verschiedenen Organisationen des Kongresses wurde aufgehoben. An Stelle des Exekutivkomitees wurden Kommissare bestellt.

Fraktionsführer im Landtag feststellte, das feige Zurückweichen der bürgerlichen Parteien vor den Nazis. Die drei kommunistischen Landtagsabgeordneten haben durch ihr Verhalten illustriert, wie der Kampf ihrer Partei gegen den Faschismus in der Praxis aussieht. Arm in Arm mit der Harzburger Front gegen die Sozialdemokratie!

Die Neuwahl des Ministeriums soll am Freitag, dem 8. Januar, erfolgen, sie wird indessen ergebnislos sein, da ja die bürgerlich-kommunistische Mehrheit zwar zum Sturze der sozialdemokratischen Regierung ausgereicht hat, aber aus ihrer Mitte natürlich keine neue bilden kann.

Strafantrag gegen Sollmann?

Eine neue Zinte der Halbkreuzpresse.

Das Blatt des „Reichspropagandachefs“ der Nazi-Partei bringt wieder einmal eine „Sensation“. Es wird behauptet, der Abgeordnete Sollmann habe in Köln Angehörige der Halbkreuzpartei gegen Bezahlung zu Pflichtwidrigkeiten veranlaßt. Um der Sache einen wichtigen Anstrich zu geben, veröffentlicht der „Angriff“ gleich den Wortlaut eines Strafantrags, der angeblich gegen Sollmann gestellt worden ist.

Dazu veröffentlicht Genosse Sollmann folgende Erklärung: „Die nationalsozialistische Presse beschuldigt mich, minderjährige SA-Leute zum Verbrechen verleitet zu haben. Ferner teilt der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Ley mit, er habe bei der Staatsanwaltschaft in Köln Anzeige gegen mich erstattet, weil ich irgendeinen jungen SA-Mann zu irgend etwas „aufgemuntert“ haben soll oder „aufmuntern“ haben lassen soll. Dazu erkläre ich: Nicht nur in einem Falle, sondern in mehreren Fällen haben mir Mitglieder der nationalsozialistischen SA aus verschiedenen Orten freiwillig beachtliches Material überbracht. Ich habe das Material in meiner Eigenschaft als Abgeordneter entgegengenommen und sofort pflichtgemäß an amtliche Stellen weitergegeben, denen die Sorge für die Sicherheit des Staates obliegt.“

Der Naziverrat an Südtirol.

Kronniederlegung am italienischen Trübsinn.

In der urdeutschen Stadt Bozen hat man, so recht zum Hohn für die Südtiroler Nazi-Italiener, ein italienisches „Siegesdenkmal“ errichtet, an dem sechs Gendarmen Wache halten. Reichs-

deutsche Hitlerianer haben jüngst an diesem antideutschen Freundschaftszeichen einen Huldigungskranz niedergelegt.

In Innsbruck hat diese Nachricht große Erbitterung hervorgerufen. Die Innsbrucker Nazis suchten zuerst, die Sache rundweg abzuleugnen, doch half es ihnen nichts. Zeugen aus Innsbruck und aus Bozen bestätigten, daß

am 9. Dezember 1931 drei reichsdeutsche Nationalsozialisten in voller Parteiform in Anwesenheit mehrerer faschistischer Militärs den Kranz am italienischen „Siegesdenkmal“, das an Stelle des geplanten Kaiserjägerdenkmals errichtet worden ist, niedergelegt haben.

Als sie sahen, daß es mit dem Abzulegen nicht ging, wandten sich die Innsbrucker Nazis an Hitler mit dem Ersuchen, eine Erklärung abgeben zu dürfen, daß für sie Südtirol eine „heilige Angelegenheit“ sei, auf die sie als Österreicher nicht verzichten könnten. Hitler verbot die Abgabe dieser Erklärung und drohte mit der Auflösung der Innsbrucker Ortsgruppe.

Die Nazis bleiben mit der Schande des nationalsozialistischen Verrates an den Südtiroler Volksgenossen beladen.

Bölkerebund und Mandchurenkrieg.

Ratsitzung am 25. Januar.

Genf, 3. Januar. (Eigenbericht.)

Ueber den chinesischen Antrag auf sofortige Einberufung des Bölkerbundesrates hat Briand eine Rundfrage bei den Ratsmitgliedern eingeleitet, ob dem Antrage stattgegeben werden soll. Im Sekretariat hält man die frühere Einberufung für wenig wahrscheinlich, da der Rat ohnedies am 25. Januar zusammentritt und der mandchurische Konflikt auf der Tagesordnung steht.

Die japanische Regierung hat der USA-Regierung ihre formelle Entschuldigung wegen des Angriffs auf den amerikanischen Konsul für Charkin in Mandschu ausgedrückt, den angeblich schuldigen Dolmetscher entlassen und die Bestrafung der Prügelhelden in Erwägung gezogen.

Offiziell wird aus Washington weiter gemeldet: Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat noch nicht endgültig die japanischen Entschuldigungen wegen der Vorfälle in Charkin angenommen.

Heute, Mittwoch, den 6. Januar, in den Sophiensälen, Sophienstr. 17-18 Funktionär-Konferenz der SPD.-Betriebsvertrauensleute

Genosse Dr. Rudolf Hilferding spricht über: „Die wirtschaftliche und politische Lage“. Zutritt nur mit Parteimitgliedsbuch und Funktionärkarte. Die Funktionärkarte für 1931 berechtigt zum Eintritt.
Das Betriebssekretariat.

Das teure Deutschland. Billige Lebensmittel werden ferngehalten.

Seit mehr als fünf Jahren schwächen die deutsch-polnischen Handelsvertragsbesprechungen. Der natürliche Ausgleich polnischer Lebensmittel und deutscher Industriewaren wird durch die hohen Zollmauern stark gehindert, neuerdings durch die polnischen Einfuhrverbote besonders erschwert, während die deutschen Einfuhrverbote und Hochschutzzölle den polnischen Ueberfluß an Agrarprodukten nicht auf den nachbarlichen deutschen Markt gelangen lassen. Um wieviel billiger die Lebensmittel in Polen als in Deutschland sind, ersehe man aus folgender Liste von Posener Marktpreisen in der Weihnachtszeit, also unter den verteuernenden Momenten der Großstadt und des Festes. Es kosteten vor knapp zwei Wochen nach deutschem Geld in der Stadt Posen:

Rindfleisch	 Pfund	0,30 M.
Schweinefleisch		0,35
Rindfleisch		0,25—0,30
Schinkenwurst		0,90
Gefochter Schinken		1,—
Butter		1,10
Kartoffeln		0,01
Hefe gestreift	 Stück	2,50
Gans		3,—4,—
Fasan		1,20—1,50
großes Huhn		1,—

Die Einfuhr dieser Lebensmittel ist größtenteils verboten, also auch zu den höchsten Zollsätzen nicht erlaubt.

Würde der vom polnischen Parlament bereits ratifizierte Handelsvertrag endlich in Kraft treten, so fielen nicht nur diese Hindernisse einer billigeren Versorgung der notleidenden deutschen Verbraucher massen fort, sondern auch die Erschwerungen für die Einfuhr deutscher Industriewaren und Maschinen nach Polen. Gerade jetzt gibt die polnische Regierung bekannt, daß ein eingehendes Programm für die Arbeiten zur Trockenlegung der ausgedehnten Sümpfe von Polesien (Dziptolen) aufgestellt worden ist und daß die wissenschaftliche Vorbereitung dieses Werkes im Frühjahr soweit abgeschlossen sei, daß dann die eigentlichen technischen Arbeiten beginnen können. Es ist gar kein Zweifel, daß bei geringen und freundschaftlichen Wirtschaftsbeziehungen der beiden Nachbarländer, die eine 1000 Kilometer lange Grenze gemein haben, deutsche Wissenschaftler, Techniker, Arbeiter und Maschinen an diesem großen Werk einen hervorragenden Anteil erlangen würden.

In dem industriereichen Deutschland begründet man die Sperrmaßnahmen gegen ausländische Lebensmittelinfuhr immer mit der Notlage der deutschen Landwirtschaft. Dabei ist genügend bekannt, daß ein gewaltiger Teil der deutschen Landwirtschaft nicht nur seinen eigenen Bedarf nicht decken kann, sondern Lebensmittel aller Art dazu kaufen muß, also an hohen Lebensmittelpreisen ebenso wenig interessiert ist wie die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes, die von gewerblicher Arbeit, als Angestellte oder von der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitslosenrente oder gar der Wohlfahrtsunterstützung lebt.

William Graham, der ehemalige Handelsminister der Labourregierung, ist an beiderseitiger Zungenentzündung erkrankt.

Die heilsame Wahlniederlage. Labour Party sammelt ihre Kräfte.

London, 5. Januar. (Eigenbericht.)

Nicht weniger als fünf ehemalige Labourminister, die in der letzten Nummer der englischen politischen Vierteljahresschrift Artikel veröffentlichten, erklären übereinstimmend, daß der Chok, den die Labour Party bei den letzten Generalwahlen erlitten hat, ihr gut getan habe. Auch der „Daily Herald“ bekennt sich zu dieser Anschauung. Die Partei sucht jetzt, durch Erfahrungen gewöhnt, ihre Kräfte zu sammeln. Die im ganzen Lande geführte Kampagne zur Gewinnung neuer eingetragener und beitragszahlender Mitglieder macht gute Fortschritte. Nun braucht man noch, wie der „Daily Herald“ sagt, ein klares, konstruktives Programm, damit die Labour Party bereit sei, wenn die Stunde schlägt.

Die englische Admiration bemerkt die Mitteilungen des „Daily Telegraph“, daß England gewisse weitgehende Seebeschützungspläne, als unautorisiert und unrichtig.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Text: Walter Schill; Wirtschaft: G. Kinnel; Bilder: Gemeindefotografen: J. Steiner; Redaktionen: Dr. John Schönmüller; Kassen und Konten: Frau Rathke; Anzeigen: Th. Glöde; Druck: in Berlin. Verlag: Hermann Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen.

AUSVENTUR IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN: AUSVERKAUF PREISE TEILWEISE BIS ZU 75% HERABGESETZT

Verkauf soweit Vorrat

Riesenmengen Taschentücher

s. T. mit kleinen Schönbildchen oder leicht angestrichen. Einige Beispiele:

Taschentücher f. Damen, weiss, mit farb. Kanten und farbigem Hohlraum, früher Stück bis 0,18, jetzt 0,10

Taschentücher f. Damen, Reinleinen, ca. 50 cm groß, früher Stück bis 0,90, jetzt 0,38

Taschentücher f. Herren, mit Hohlraum und farbig eingewebten Kanten, auch farb. karliert, früher Stück bis 0,42, jetzt 0,23

Taschentücher f. Herren, Reinleinen, gestreift, ca. 40 cm groß, früher Stück bis 0,55, jetzt 0,32

Teppiche

Beginn 4. Januar

Bouclé-Teppiche reines Haargarn, Knaufmuster
Gr. ca. 180/200 cm, früh. St. bis 24,00, jetzt 16,90
Gr. ca. 200/200 cm, früh. St. bis 38,00, jetzt 24,50
Gr. ca. 220/225 cm, früh. St. bis 48,00, jetzt 32,00

Smyrna-Velours-Teppiche, mit Fransen, Strapazierqualität
Gr. ca. 180/200 cm, früh. St. bis 52,00, jetzt 39,00
Gr. ca. 200/200 cm, früh. St. bis 78,00, jetzt 59,00
Gr. ca. 250/250 cm, früh. St. bis 117,00, jetzt 89,00

Pa. Velvet-Teppiche Kammgarnware, grosse Musterwahl
Gr. ca. 180/200 cm, früh. St. bis 58,00, jetzt 44,00
Gr. ca. 200/200 cm, früh. St. bis 88,00, jetzt 65,00
Gr. ca. 250/250 cm, früh. St. bis 128,00, jetzt 98,00

Pa. Tournay-Velours-Teppiche, mit Fransen, extra schwer
Gr. ca. 180/200 cm, früh. St. bis 118,00, jetzt 89,00
Gr. ca. 200/200 cm, früh. St. bis 178,00, jetzt 134,00
Gr. ca. 250/250 cm, früh. St. bis 247,00, jetzt 178,00

Gardinen

Ein Posten Gardinen-Voile ca. 110 cm breit, in feinen Farben bedruckt
SERIE I: früh. Mr. 0,95, bis 1,50, jetzt 0,95
SERIE II: früh. Mr. 1,45, bis 1,95, jetzt 1,45

Ein Posten Dekorationsrips mit Kunstseide, Jacquard- und Kantenmuster in vielen Farben
SERIE I: früh. Mr. 0,78, bis 1,00, jetzt 0,78
SERIE II: früh. Mr. 0,98, bis 1,20, jetzt 0,98
SERIE III: früh. Mr. 1,60, bis 2,00, jetzt 1,60

Ein Posten Tüll-Fensterdekorationen 3 St. 120/150 cm, früh. St. bis 8,50, jetzt 3,90
Ein Posten Tüll-Fensterdekorationen 3 St. 120/150 cm, früh. St. bis 8,50, jetzt 5,90
Ein Posten Tüll-Fensterdekorationen 3 St. 120/150 cm, früh. St. bis 8,50, jetzt 8,75

Ein Posten Bettdecken 2 bettig, Fillet, Handgefärbt und Hohlraum, früh. St. bis 9,75, jetzt 9,75

Ein Posten Diwanddecken gute Qualitäten
SERIE I: früh. St. bis 5,90, jetzt 5,90
SERIE II: früh. St. bis 7,50, jetzt 7,50
SERIE III: früh. St. bis 11,75, jetzt 11,75
SERIE IV: früh. St. bis 15,75, jetzt 15,75

Mengenabgabe vorbehalten

Handarbeiten

Kissenbezüge Filletimitiert, St. jetzt von 0,95

Nesseldecken vorgewaschen, ca. 130/130 cm od. ca. 130/160 cm, St. jetzt 1,25

Haustuchdecken vorgewaschen, ca. 130/130 cm, Stück jetzt 1,75

Tischdecken mit Hohlraum, vorgewaschen, ca. 130/160 cm, Stück jetzt 2,85

Handfiletdecken mit Fransen, in Kunstseide, rund, ca. 120 cm Durchmesser, Stück jetzt von 4,50

Leinenwaren

Wischtücher weiss-rot karliert, gestreift und gebändert, früher Stück bis 0,18, jetzt 0,12

Stubenhandtücher Halbleinen, Jacquardgewebe, ca. 48/100 cm, abgepasst, gestreift und gebändert, früher Stück bis 0,78, jetzt 0,48

Küchenhandtücher Reinleinen, weiss, gestreift, mit farbigem Hohlraum, früher Stück bis 1,25, jetzt 0,68

Kunstseidene Kaffeedecken ca. 130/160 cm, sparte Dekore
Serie I: weiss, mit farbigem Hohlraum, früher Stück bis 3,45, jetzt 3,45
Serie II: pastellfarbig, früher Stück bis 6,75, jetzt 3,95

Gewebte Tischdecken mittelfarb. Jacquardmuster, doppelseitig zu decken, ca. 130/160 cm, früh. St. bis 7,90, jetzt 3,75
ca. 130/190 cm, früh. St. bis 9,50, jetzt 4,65
ca. 150/220 cm, früh. St. bis 15,75, jetzt 7,45

Abendtaschen schwarz, matt, Crêpe, marocain, mit oder ohne Silberaufnägel, früher Stück bis 1,75, jetzt 1,75

Herren-Kleidung

*Gardine-Mäntel Silpon oder gute reine Wolle, früher bis 58,00, jetzt 29,50

*Herren-Sakkoanzüge edelste Master, Strapazierware, früher bis 20,00, jetzt 12,00

Monteurjacken oder Hosen, blau Dreif, früher bis 2,75, jetzt 1,90

Staubmäntel farbig, Nessel, früh. bis 4,25, jetzt 3,25

Aerzte-Mäntel weiss Körper, auswechselbare Knöpfe, früh. bis 5,50, jetzt 3,95

*Nur in den Häusern Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankf. Allee, Wilhelmsdorfer Strasse, Chausseestrasse
Handschuhe f. Damen, Schwed. imit. mod. Schlingform od. Wollgestr., Paar jetzt 0,58
Handschuhe f. Damen, Schwed. imit. mod. Schlingform od. Wollgestr., Paar jetzt 0,95

Bettwäsche

Kopfkissenbezüge Stück jetzt von 0,55

Deckbettbezüge Stück jetzt von 1,75

Betttücher guter Dowlax, Grösse ca. 150/225 cm, früher Stück bis 4,95, jetzt 3,25

Dimiti-Garnituren 1 Deckbett, 2 Kissen, früh. Garnit. bis 9,75, jetzt 6,25

Damast-Garnituren 1 Deckbett, 2 Kissen, früh. Garnit. bis 16,50, jetzt 10,90

Schlafdecken kamelhaarfarbig, ... Stück jetzt 1,75

Einzelne, garnierte Kopfkissenbezüge u. Überschlagnaken, angestrichen, ganz besond. billig!

Besorgungstaschen aus echtem Vollrindleder, mit Klettverschluss, ... Stück jetzt 3,85

Grosse Mengen Damen-Kleider u. -Mäntel, Kinder- u. Baby-Kleidung enorm billig!

HERMANN TIETZ

Die Wasserkatastrophe. Schwere Opfer in den gefährdeten Gegenden.

Nach den letzten Meldungen über den Wasserstand des Rheins und seiner Nebenflüsse kann angenommen werden, daß Hochwassergefahr nicht besteht. Von den obersten Oberrheinstationen wird bereits wieder ein Fallen des Wassers gemeldet. Die Flutwelle des gestern aufgetretenen Hochwassers am Oberrhein und der Nebenflüsse Main, Elbe und Mosel scheint sich schnell zu verteilen, ohne daß für den Mittel- und Niederrhein ernstere Befürchtungen zu hegen sind. Auch aus Sachsen kommen einige erfreuliche Nachrichten. Das Hochwasser der Chemnitz geht langsam zurück. Die Mulde ist seit gestern um einen Meter gesunken. In der Stadt Aue ist das Wasser in das Flussbett zurückgetreten. Das Schwarzwasser hat stellenweise Steine von über einem Zentner schwere fortgespült. Hingegen ist der Elbpegel bei Schandau um 1/2 Meter gestiegen. Aus Böhmen bereits sehr starkes Hochwasser gemeldet wurde, hat man für die Elbe in Sachsen alle Hochwasserbereitungen getroffen. Aus Wien wird gemeldet, daß die Donau vom Montag auf Dienstag um vier Meter gesunken ist.

Die schlimmsten Verwüstungen der deutschen Hochwasserkatastrophen sind offenbar im Rheingebiet bei Aehl angerichtet worden. Durch Bruch des Damms des Künzling-Fischwehres wurde das 2000 Einwohner zählende Dorf Auenheim vollkommen unter Wasser gesetzt. Mit vereinten Kräften war die Bevölkerung bemüht, zahlreiche bedrohte Häuser vor dem Einsturz zu retten.

Besonders schwer wütete das Hochwasser auch auf der tschechischen Seite des Erzgebirges. In Sangerberg bei Marienbad brach der Deich; das Hochwasser drang in zahlreiche Häuser ein: 30 Familien wurden obdachlos. Auf der sächsischen Seite des Erzgebirges scheint indes die größte Gefahr gebannt zu sein.

Wasserkatastrophe im Harz.

Viele Brücken weggeschwemmt. — Ein Todesopfer.

Goslar, 3. Januar.

Das Hochwasser des Grumbaches hat viele Brücken fortgeschwemmt. Der Schaden an den Grundstücken ist noch nicht zu übersehen. Der reißende Bach brachte Holz, Tannen mit Wurzeln und Zweigen zu Tode. Der Bahnverkehr nach Goslar ist, da die Schutzmauer des Bahnhofers bedroht wird, sehr erschwert. Ein Mühlendiesler ertrank in den Fluten, da die Brücke, auf der er mit mehreren Personen stand, von dem Strom fortgerissen wurde. Die übrigen Personen konnten sich retten. Der Verdacht bildet am Unterlauf bei Bödemann einen großen See. In Goslar selbst haben die Greifwerke schwer unter dem Hochwasser der Gole zu leiden. Das Bauwerk der Fabrik mußte mit Sandsäcken gesichert werden. Teilweise sind die Badsteinnauern untergegangen.

Zwei weitere Todesopfer.

Die Weser ist infolge der Schneeschmelze über die Ufer getreten und hat die Niederung kilometerweit überschwemmt. Bad Eilsen steht unter Wasser. Im Dorfe Hunimuthschien wurde ein Knabe von den hochgehenden Fluten fortgerissen und ertrank. In

Herrnstratschen in Sachsen stürzte ein Schiffsteuermann in den hochgehenden Raminibach und ertrank. Seine Leiche konnte bisher nicht gefunden werden.

Das Hochwasser der Mulde.

Ellenburg, 3. Januar.

Das Hochwasser überflutete hier die Bewohner des Schützenhauses, die mit Räubern in Sicherheit gebracht werden mußten. Die Deutsche Zellulose-Fabrik und die Kallun-Manufaktur mußten die ganze Belegschaft wieder heim schicken, weil wegen der Ueberflutung nicht gearbeitet werden kann. Die Feuerwehr legt einen Notdamm an, um die hintere Stadt gegen das Wasser zu schützen, denn an einigen Stellen steht das Wasser schon bis an die Dammkrone, so daß jeden Augenblick mit einer Ueberflutung gerechnet werden muß. Ueberflutet sind auch die Dörfer Kallun und Kanitz sowie Teile des Dorfes Großsch. Auch in dem höher gelegenen Weddewitz steht das Wasser bereits in den tiefer gelegenen Häusern.

Hochwassergefahr auch in Polen.

Warschau, 3. Januar.

In den letzten Tagen sind einige Flüsse, insbesondere Bug und Narew aus den Ufern getreten, so daß ganze Ortschaften von ihren Einwohnern geräumt werden mußten. Der Eintritt von neuem Frost hat die weitere Ausdehnung der Ueberflutung zunächst aufgehalten, doch haben sich große Eisflutungen gebildet, und man befürchtet, daß bei neuem Tauwetter verschiedene Deiche durchbrechen werden.

Das geliebte Auto.

Selbst ein Krüppel wird an ihm zum Dieb.

Regelmäßig konnte man vor einem großen Hotel einen Krüppel betteln sehen. Einst war er Chauffeur. Bei einem Autounfall hatte er seine beiden Beine eingebüßt. Seitdem erhielt er eine Rente, rutschte auf den Knien und legte sich aufs Betteln.

Wer gibt nicht einem armen Krüppel ein Almosen, insbesondere einem armen „Kriegs-Krüppel“? Das Geschäft ging gut und es fehlte nicht an Geld für Alkohol. Schnappte ihn einmal die Polizei und kam er wegen Bettelns vor den Richter, so sah er seine Straße ab und bettete weiter. Die Wohlfahrt ließ ihm Brotketten herstellen. Was sollte er damit? Sich etwa das Geschäft verderben? Er ließ sie zu Hause rosten, rutschte nach wie vor auf seinen Knien und bettete als Krüppel vor dem großen Hotel.

Eine heimliche Leidenschaft erfüllte aber immer noch das Herz des armen Krüppels — denn ein armer Krüppel war er, trotz der kräftigen Arme, trotz der Brotketten und trotz des blühenden Bettelgeschäfts —, die Leidenschaft zum Auto, das er einst fuhr und von dem er dann zum Krüppel gefahren wurde. Und eines

Tages kurbelte er vor dem Hotel, vor dem er sonst bettete, mit einem Anläufer ein hochherrschafliches Auto an, setzte sich an das Steuer und fuhr los — ganz wie einst. Er kam nicht weit. Zielte leicht war er schon aus der Uebung gekommen, vielleicht war es die Aufregung der Fahrt. An der Charlottenstraße stieß er mit einem anderen Auto zusammen. Also stand er vor Gericht wegen Autodiebstahls. Woher er den Anläufer gehabt habe? Er habe ihn gefunden. Was er mit dem Auto wollte? Was ich wollte? Spazieren fahren wollte ich. Ob es denn gestattet sei, mit fremden Autos davonzufahren? Ich bin gar nicht mit fremden Autos davonzufahren. Der Chauffeur hat mich aufgefordert. Es sei ja gar kein Chauffeur im Auto gewesen. Natürlich ist einer dagewesen. Wo er denn geblieben sei. Ausgesprochen ist er und da ist er geblieben. . . . Der Vorfall wurde verurteilt immer wieder, mit dem Krüppel freundlich zu verhandeln, redet ihm gut zu, bekommt aber dreiste Antworten. Der Staatsanwalt beantragt drei Monate Gefängnis. Was er dazu zu sagen habe, fragte der Richter. Was soll ich sagen? Sehr gut! Wenigstens lasse ich nicht der Wohlfahrt zur Last. Das Gericht verurteilt den Krüppel zu sechs Wochen Gefängnis. Danke schön, sagt der Mann, setzt seine Krücke auf und rückt aus dem Gerichtssaal.

Prüft eure neue Miete!

In Zweifelsfällen an Stadtlamt für Wohnungswesen wenden

Der Städtische Nachrichtendienst teilt mit:

Die auf Grund der §§ 10 und 14 der Preussischen Verordnung über die Mietrenten vom 21. Dezember 1931 zu stellenden Anträge auf Nachprüfung der von dem Vermieter vorgenommenen Ermäßigung des Mietzinses sowie auf Nachprüfung der Mietangemessenheit bei gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sind zu richten an den Oberbürgermeister (Stadtlamt für Siedlungs- und Wohnungswesen), Berlin C. 2. Für die Entscheidung werden, abgesehen von den baren Auslagen, Gebühren von 2 bis 10 Mark für jedes Mietverhältnis erhoben.

Umbau der Wannseebahn beginnt!

Jetzt Baubeginn am Bahnhof Ebersstraße.

Für die Elektrifizierung der Wannseebahn, einem der bedeutendsten Bauvorhaben in der Reichshauptstadt, sind die Vorarbeiten in vollem Gange.

Zunächst wird in den nächsten Tagen mit den ersten Arbeiten am neuen Bahnhof Ebersstraße begonnen werden, auf dessen Anlage bereits bei der im letzten Jahre durchgeführten Verbreiterung der Unterführung des Sackendammes Rücksicht genommen wurde. Der neue Bahnhof, der ähnlich dem Bahnhof Kussstellung (Westkreuz) errichtet wird, erhält alle modernen Verkehrseinrichtungen, wie moderne Schalteranlagen, bequeme Bahnsteige mit Rolltreppe für den Übergang vom Ringbahnsteig zum darunter liegenden Wannseebahnsteig usw. Der neue Bahnhof wird der heutigen Zeit entsprechend in einfacher, aber zweckmäßiger Ausführung errichtet.

Eine Gelbdruckknaberkolonie drang in der vergangenen Nacht in das chemisch-technische Reichsanstalt an der Hinkeldey-Brücke ein. Die Täter erbrachen die Bürräume, knabberten einen Gelbdruck auf und raubten eine Summe von 2500 M. Es gelang ihnen, mit ihrer Beute zu entkommen.



(Schluß.)

„Wenn eine Arbeiterin einen Augenblick anhält, dann stockt der ganze Betrieb“, sagte Reiner. „Alles ist hier auf das genaueste berechnet und eingeteilt. Innerhalb einer ganz bestimmten Zeit muß die Hand gehoben und gelenkt werden, damit sich die Bewegungen dem Arbeitsgang einfügen.“

„Und so geht das täglich hier?“ fragte Germaine. „Ja, Fräulein Loriot, so geht das Tag um Tag, Woche um Woche, Monat um Monat.“

„Diese Arbeit kann aber doch keine Befriedigung geben? Diese Menschen erfüllen ja die Aufgaben von Maschinen — ja, sie kommen mir selbst wie Maschinen vor. Der einzige Vorteil dieser Arbeitsweise scheint mir nur der zu sein, daß die Frauen wenigstens körperlich entlastet sind.“

„Befriedigung bietet diese Arbeit gerade für die intelligenten bestimmt nicht. Aber was wollen Sie — die meisten sind froh, überhaupt Arbeit zu bekommen. Und die körperliche Entlastung — ja, das ist tatsächlich eine Verbesserung, die teilweise auf das Konto der Rationalisierung zu legen ist. Sie werden das auch in anderen Betrieben noch sehen. In der Metallindustrie zum Beispiel. Wenn Sie den Motorschraubenzieher mit dem unhandlichen, schwer zu bedienenden Handschraubenzieher vergleichen oder wenn Sie die modernen Erhäuser, die Ansauger sehen, die den Schleifstaub ansaugen, der sich früher in die Lunge der Arbeiterin einsaß, so sind das alles Verbesserungen, die wir der fortschreitenden technischen Entwicklung verdanken. Aber der Preis, der dafür bezahlt werden muß, ist teuer. Denn kein lebendiger Mensch erträgt diese mechanische Arbeit auf die Dauer, ohne seelischen Schaden zu nehmen, wenn nicht durch entsprechende Pausen und durch genügend Freizeit ein Gegengewicht geschaffen wird. Aber die meisten Unternehmen stehen leider auf dem Standpunkt, keine Gehirne, sondern einfach Hände gekauft zu haben.“

„Und wieviel Frauen sind heute in der Industrie beschäftigt?“ fragte Germaine.

„Es mögen etwa drei Millionen sein. Davon hat nahezu eine halbe Million daheim noch Haushalt, Mann und Kinder zu versorgen.“

„Es muß eine große Lebensaufgabe sein, sich mit aller Kraft für eine Verbesserung der Lage des Arbeiters einzusetzen“, sagte Germaine. „Hier mitarbeiten zu können, mitzuhelfen, daß diese blauen Frauen in hellen, freundlichen

Wohnungen leben können, daß ihre Kinder Raum und Luft und Sonne haben —“ Sie brach ab.

Reiner erwiderte nichts. Schweigend gingen sie nebeneinander zu einem der großen Ausgangstore der Fabrik.

„Ich möchte gern noch einmal mit Ihnen zu unseren Handelsleuten fahren“, sagte Reiner unermittelt. „Nächste Woche sind Sie doch wohl weit weg —“ Germaine nickte.

Von der Endstation wanderten sie durch eine neue Siedlung, die in Föhrenwald überging. Auf dem braunen Waldboden hatten sich Moos und Pilze angesiedelt. Manchmal lag ein mattgoldener Sonnenstrahl quer über dem schmalen Fußweg.

Dann öffnete sich eine breite Straße. Uralte Eichen und Buchen, schimmernde Birkenstämme standen am Wegrand. Und wieder folgte märkischer Wald auf düstigem Sandboden. In der Ferne eine kleine Lichtung und dahinter eine blaue, weite Wasserfläche.

„Diese Landschaft in ihren einfachen Linien, in ihrer Schlichtheit und Ruhe wirkt stark auf mich“, sagte Germaine. „Hier kann man ausruhen und vergessen. Ich fühle diesmal so schwer in meine Heimat zurück, wie noch niemals. Die Erinnerung an alles das, was unwiederbringlich dahin ist, erdrückt mich und ich fürchte mich, in die Tiefe zurückzufahren, die ich daheim antreffe.“

Reiner legte die Hand über die Augen, um die grellen Sonnenstrahlen abzublenden, die auf dem bewegten Wasser zitterten.

„Ihre Worte erschweren und erleichtern mir das, was ich selbst vor Ihrer Abreise Ihnen sagen wollte. Sie erschweren es mir, weil Sie noch viel zu stark unter dem Eindruck der letzten Monate stehen, die Ihnen auch noch Ihren Bruder genommen haben. Sie stehen jetzt an einem seelischen Tiefpunkt — und gerade das möchte ich nicht ausnützen. Und doch drängt es mich, ganz offen zu Ihnen zu sein. Ich kann Ihnen nichts bieten an materiellen Gütern — aber Sie würden an meiner Seite immer innerlich frei und unabhängig sein, nur sich selbst verantwortlich, wie bisher. Denn ich betrachte die Ehe nicht als ein Sichbefestigen, sondern als einen freiwilligen Austausch, als ein gemeinsames Schreiten zweier Menschen, die schon vorher selbständig gehen gelernt haben. Aber davon will ich jetzt nicht sprechen, denn die Entscheidung über die Form eines Zusammenlebens liegt ganz in Ihrer Hand, muß in der Hand der Frau liegen, denn sie ist die vom Gesetz auch heute noch Benachteiligte. Aber Sie könnten auch ohne diese Form bei uns wohnen wie bisher, und alles könnte sein, wie es immer zwischen uns war, Germaine!“

„Wir haben uns zweimal von einander getrennt“, sagte Germaine. „Es ist beide Male so gewesen, als ob gewaltsam etwas von mir selbst losgerissen würde. Ja, ich würde gern hier bleiben. Aber ich weiß nicht, ob ich es aushalten kann, so ganz ohne eine befriedigende Tätigkeit zu sein. In meinem Beruf ist manches Kleinliche, Schematische — aber trotzdem liebe ich diesen lebendigen Austausch mit den heran-

wachsenden jungen Menschen — man kann da manches anregen, manche Vorurteile, die das Elternhaus eingepflanzt hat, beiseite räumen.“

„Nein, ohne geistige Tätigkeit könnten Sie nicht sein“, sagte Reiner. „Aber es ist genug zu tun hier. Allerdings wäre Ihr Lebenskreis nicht so gleichmäßig und sicher wie daheim. Aber er ist unendlich weit gespannt, er ist unabhängig und dehnbar nach allen Seiten.“

Germaine schwieg. Sie sah hinauf zu den breitflügeligen Bäumen der Kiefern, durch die ein Stück blauer Himmel leuchtete. Der Wind, der vom See herüberwehte, trieb sein Spiel mit dünnen, weißen Wolkenfetzen, die das Blau auf Augenblicke überdeckten.

„Sie haben Mut“, sagte sie endlich, „denn es ist ein Wagnis — nicht nur für mich. Wenn ich mich auch dem neuen Leben weit öffne — alles das, was ich in der ersten Hälfte meines Weges durchlebt habe, was meine Umgebung, meine Angehörigen mir bedeutet haben — das läßt sich nicht mehr wegwischen. Das trage ich in mir und wird auch immer in mir bleiben.“

„Ja, es wird bleiben“, erwiderte Reiner. „Denn es gehört zu Ihnen. Aber Sie werden von Jahr zu Jahr Neues zu dem Alten fügen. Ihr Gesichtskreis wird sich immer mehr weiten, und das Neue wird mit dem Alten sich auseinanderlegen, wird es durchdringen und verändern. Das ist der geistige Prozeß, den wir alle durchleben. Und Sie bleiben ja innerlich frei, auch mir gegenüber, wie unter äußerem Leben sich auch gestaltet. Sie haben immer die Freiheit, alles so zu verarbeiten, wie es Ihr Gewissen und Ihre geistige Haltung, Ihr Verstand und Ihr Urteil Ihnen vorschreiben.“

Sie näherten sich langsam dem Seeufer. Hohes Schilf bildete einen schmalen Saum. Dahinter aber dehnte sich ein bewegtes, schaumgekräuseltes Meer, über das der Wind dahin-jagte.

Germaine blieb stehen und sah über die weite Wasserfläche.

„Es ist seltsam“, sagte sie. „Noch niemals in meinem Leben ist meine Zukunft so unsicher, so rätselhaft gewesen wie jetzt. Und doch bin ich innerlich so ruhig. Sie ist ein Meer, über das der Sturm legt, diese Zukunft — und doch habe ich das Gefühl, daß ich absteuern soll vom festen Land, auf dem ich bis jetzt stand. Wir Süddeutschen da unten im alten Böhmerwaldgebiet, am Fuß des Schwarzwaldes und der Vogesen — wir haben die Ideen der Freiheit, des Friedens und der Menschenrechte seit mehr als einem Jahrhundert in uns aufgenommen, obwohl es uns nicht immer bewußt ist. Aber als ich jetzt Lassalle und Karl Marx las, da war mir mancher Gedanke, manches Wort so vertraut wie eine Kindheitserinnerung. Und deshalb ist es kein Opfer für mich, wenn ich auf die Sicherheit meines bisherigen Lebens verzichte und den längst begonnenen Weg zu Ende gehe.“

Sie legte ihre Hand auf seinen Arm. „Ich weiß nicht, wie sich alles gestalten wird — aber ich habe das tiefinnerliche Bewußtsein in mir, daß wir zusammenbleiben werden, solange wir leben.“

Totenstille im Berg.

Die Bergleute beantworten die Klopfzeichen nicht mehr.

Dreslau, 5. Januar. (Eigenbericht.)

Die mit größter Spannung erfolgenden Bergungsarbeiten auf der 774-Meter-Tiefe der Carsten-Zentrums-Grube in dem Beuthener Vorort Karf — wo 14 Bergleute eingeschlossen sind — gestalten sich außerordentlich schwierig. Das Gebirge befindet sich nach wie vor in leise merkbarer Bewegung. Da die zu Bruch gegangene Vorschichtstrecke etwa 1000 Meter lang ist, läßt sich kaum feststellen, an welcher Stelle die Bergleute von dem Unheil betroffen wurden. Der am Montagabend geborgene Fördermann berichtete, daß er noch kurz nach dem Unglücksfall mit den 14 vermählten Kameraden in Verbindung gestanden habe. Wahrscheinlich sind die Verschlütteten erst durch den zweiten Gebirgsschlag, der um 20.30 Uhr einwirkte und über Tage in ganz Beuthen als Erdschütterung wahrgenommen wurde, begraben worden. Seit dieser Zeit sind die Klopfzeichen der Rettungsmannschaften von den Eingeschlossenen nicht mehr beantwortet worden. Es ist daher kaum damit zu rechnen, daß auch nur ein einziger unter den Verschlütteten lebend geborgen werden kann. Voraussichtlich dürften die Rettungsarbeiten vor Anfang der nächsten Woche nicht zum Abschluß kommen.

Kloß war nicht vorsichtig genug.

Neuer Zwischenfall im Calmette-Prozess.

Lübeck, 5. Januar.

Professor Hans Ruch-Hamburg erstattete in der heutigen Verhandlung des Tuberkulose-Prozesses ein Gutachten über die Frage, ob Professor Kloß schon vor dem Unglück aus Zahl und Art der Erkrankungen im Kinderhospital einen Zusammenhang der Erkrankungen mit der BCG-Fütterung hätte erkennen müssen.

Schon im März 1930, so erklärte Professor Ruch, sei im Säuglingshospital auch unter den Ärzten davon gesprochen worden, daß einer Wärterin die Entlassung angedroht worden sein soll, sobald sie weiterhin von Calmette-Schädigungen sprechen würde. Professor Kloß sei darauf in den Gedanken der Unschädlichkeit des BCG verrannt gewesen, daß er alle Krankheitsfälle im Kinderhospital nicht mit der gebotenen Vorsicht beobachtet hätte.

Stadtrat Dr. Schminde-Neufuß erklärte in seinem Gutachten, die Durchführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck sei mangelhaft gewesen. Besonders wurde von ihm die fehlende Zusammenarbeit zwischen den Professoren Dönke und Kloß bemängelt.

Nach der Mittagspause erstattete Prof. Dr. Kleinschmidt sein Gutachten. Er führte einleitend aus, daß die sozialhygienischen Maßnahmen im Kampf gegen die Tuberkulose bei den Säuglingen durchaus nicht genügen und daß es verständlich sei, wenn man auch die Schutzimpfung anwandte. Der Sachverständige wandte sich dann den einzelnen Krankheitsfällen in der Zeit bis zum 26. April zu und kam zu dem Schluß, daß die falschen Diagnosen durch eine Reihe besonderer Umstände zustande gekommen seien. Nach dem Gutachten von Professor Kleinschmidt kommt es zu einem erregten Zwischenfall, als Professor Kleinschmidt auf die Frage des Staatsanwalts, ob man nicht wenigstens die Eltern hätte benachrichtigen sollen, antwortete, daß die Benachrichtigung aller Eltern ungefähr gleichbedeutend mit der Benachrichtigung der Öffentlichkeit gewesen wäre. Aus dem Zuhörerraum springt die Mutter eines gestorbenen Kindes auf und ruft erregt dem Gutachter zu, daß er menschlicher sprechen möchte. Die gleiche Anforderung ergeht von einem anderen Zuhörer an Professor Kleinschmidt.

Die Verhandlung wird dann auf Mittwoch vertagt.

Stadtrat Heuer Mitarbeiter Goerdeler's.

Der Preiskommissar Dr. Goerdeler hat den sozialdemokratischen Stadtrat Dr. Heuer zur Mitarbeit in dem Spezialreferat für Marxistenartikel und gebundene Preise berufen. Dr. Heuer wird diese Tätigkeit neben seinem Referat im Magistrat ausüben.

Ein mißratener Sohn.

Aus Wildererleidenschaft zum Erpresser geworden.

Ein Berliner Großindustrieller wäre beinahe das Opfer eines gefährlichen Erpressers geworden.

Bei dem mächtigen Städtchen Lieberose hatte der Fabrikant schon seit Jahren eine Gemeindefangst gepachtet. Auf dem Gelände ließ er sich ein Wochenendhaus errichten, in dem er sich zeitweise aufhielt. Es war bekannt, daß in dem Revier des Industriellen häufig gewildert wurde. Im Sommer entschloß sich der Fabrikant zur Bewirtschaftung des Hausgrundes ein Mädchen zu nehmen. Als er sich eines Tages außerhalb seiner Jagd befand, wurde in seinem Hause eingebrochen. Unbekannte Diebe hatten neben mehreren Gewehren, Ferngläsern usw. noch viele andere wertvolle Dinge mitgenommen. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich nach und nach gegen den Sohn des damaligen Gemeindevorstehers, einem 22 Jahre alten Alfred Sch., von dem man wußte, daß er auf den Jagdpächter eine unheimliche Bitterkeit hatte. Alfred Sch., der die elterliche Wirtschaft führte, stand auch in dem Verdacht, sich als Wilderer zu betätigen.

Während der Weihnachtsfeiertage erhielt der Berliner Industrielle einen Brief, in dem er von einem Unbekannten aufgefordert wurde, an einer näherbezeichneten Stelle in einem verschlossenen Kupon 15 000 Mark zu hinterlegen. Bald darauf kam ein zweiter Brief, in dem dem Fabrikanten gedroht wurde, daß, falls er nicht der Forderung nachkäme, er sowohl als auch seine Freunde, die zu ihm zur Jagd kämen, erschossen würden. Der Industrielle übergab den Brief der Kriminalpolizei. Beamte legten sich auf die Lauer. Als die in dem Brief angegebene Zeit herankam, erschien ein Mann, um das Kupon mit den 15 000 Mark von der Stelle abzuholen. Es war der Sohn des ehemaligen Gemeindevorstehers. Er wurde verhaftet und legte ein Geständnis ab. Daraus ergab sich, daß der Einbruch im Sommer auf seine Veranlassung verübt worden war. Als er damals erfuhr, daß der Industrielle eine Haushälterin suchte, bewog er ein ihm bekanntes Mädchen dazu, den Posten anzunehmen. Unter einem Vorwand lockte er sie dann eines Tages aus dem Hause und ließ während der Zeit einige Freunde einbrechen. Alfred Sch. gestand auch, in dem Jagdpächter des Industriellen gewildert zu haben; er wird nunmehr dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Berlin hat noch viel Raum.

Die sprunghafte Entwicklung der Reichshauptstadt. — Vom Nest zur Weltstadt.

Berlin hat nicht erst nach dem Kriege eine wiederholte sprunghafte Entwicklung genommen. Die Reichshauptstadt ist im 13. Jahrhundert entstanden. Berlin wird zuerst 1244, das auf dem Westufer der Spree gelegene Cölln 1237 erwähnt. Das Gebiet Berlins hat sich in sechs Jahrhunderten von 73 Hektar auf 88 351 Hektar vergrößert. Berlins Bevölkerung ist in diesem Zeitraum von wenigen Tausend auf 4,3 Millionen gestiegen.

Berlin zählte Anfang des 14. Jahrhunderts 73 Hektar Fläche. 1825 aber waren es schon 1400 Hektar mit 220 000 Einwohnern. 1881 umfaßte die Hauptstadt 6061 Hektar mit 1 138 000 Einwohnern und 1915 waren es 6572 Hektar mit 1 879 000 Einwohnern.

Während des Dreißigjährigen Krieges war die Einwohnerzahl Berlins von 12 000 auf 6000 zusammengecrumpft. London hatte in dieser Zeit mehr als 130 000 und Paris im Jahre 1637 415 000 Einwohner. Den ersten großen Sprung in seiner Entwicklung machte Berlin 1709, als es mit Cölln, Friedrichswerder, Friedrichstadt und Dorotheenstadt vereinigt wurde. Nach dem Siebenjährigen Kriege hat sich Berlins Bevölkerung in kurzer Zeit verdoppelt. Mit seinen 220 000 Einwohnern im Jahre 1825 blieb es aber immer noch hinter London, das damals 1,4 Millionen, und Paris, das 2 Millionen Einwohner zählte, weit zurück. In den Jahren 1861 bis 1881 verdoppelte Berlin abermals seine Einwohnerzahl als Nachwirkung der Kriege gegen Dänemark, Österreich und Frankreich. Das Jahr 1920 brachte dann die große Eingemeindung, wodurch das Gebiet Berlins eine fast 15fache Erweiterung erhielt und die Einwohnerzahl sich erneut verdoppelte.

Steigen der Bevölkerungsziffer bei gleichbleibender Grundfläche.

Die Entwicklung, die seitdem Berlin genommen hat, ist ebenfalls nicht ohne Interesse und sehr lehrreich. Im Oktober 1919, also kurz vor der Eingemeindung, zählte das spätere Groß-Berliner Gebiet 87 810 Hektar mit 3 804 000 Einwohnern. Seit diesem Zeitpunkt hat sich die Gebietsfläche Berlins nur unwesentlich vergrößert (auf 88 351 Hektar bis zum 1. April 1931), die Einwohnerzahl dagegen stetig bis zum Jahre 1930 (auf 4 345 500). Von da ab ist ein ziemlich stetiger Rückgang der Einwohnerzahl zu beobachten. Am 1. November 1931 zählte Berlin 4 285 900 Einwohner. Die Erklärung für diese rückläufige Entwicklung Berlins liegt auf der Hand. Berlin selbst hat sich sehr demüht, den Zustrom von außerhalb in der Zeit der großen Arbeitslosigkeit einzudämmen.

Die Innenbezirke entvölkern sich.

Innerhalb Berlins selbst war aber die Entwicklung der Einwohnerzahl sehr verschieden. Die Innenbezirke haben, besonders seit dem Jahre 1923, an Einwohnern erheblich verloren, während die Außenbezirke rapide gewachsen sind. Auch nach dem 1. Januar 1930, seitdem die Gesamtbevölkerung zurückgegangen ist, stieg die Einwohnerzahl in den Außenbezirken weiter, mit Ausnahme von Charlottenburg und Schöneberg. Die Einwohnerzahl der 6 Innenbezirke hat sich seit 1919 von 1 907 500 auf 1 403 500 um 0,2 Prozent verringert, die der Außenbezirke aber von 1 896 500 auf 2 385 400 um 25,8 Prozent erhöht; darunter sind Bezirke mit einer kaum vorausgesagten Entwicklung. Zehlendorf hat seine Einwohnerzahl seit 1919 um 86,3

Prozent, Tempelhof um 78,7 Prozent, Reinickendorf um 67,5 Prozent, Köpenick um 47,4 Prozent, Pankow um 37,2 Prozent, Treptow um 35,7 Prozent, Weißensee um 33,7 Prozent, Spandau um 32,9 Prozent, Steglitz um 31,8 Prozent, Wilmersdorf um 27,7 Prozent, Lichtenberg um 26,4 Prozent, Neukölln um 13,7 Prozent, Charlottenburg um 3,7 Prozent und Schöneberg um 3,8 Prozent steigern können. Die ehemals kleinen Bezirke rücken in die Gruppe der mittleren Bezirke und die früheren mittleren Bezirke näherten sich den großen Bezirken, während diese in ihrer Entwicklung zurückblieben. Der im Jahre 1919 größte Bezirk (Kreuzberg) zählte damals einmal mehr Einwohner als der kleinste Bezirk (Zehlendorf). 1931 dagegen zählte Kreuzberg nur noch sechsmal mehr Einwohner als Zehlendorf. 1920 gab es noch 7 Bezirke mit einer Einwohnerzahl unter 100 000, heute dagegen nur noch 3 Bezirke. Eine allmähliche Angleichung der Bezirke ist unverkennbar. Der größere Anteil der Steigerung entfällt auf die Jahre nach 1925. Das umfassende Siedlungsprogramm des neuen Berlin braucht einige Zeit, um den Weg zu seiner Verwirklichung zu finden.

Bevölkerung drängt nach außen.

Auch in Zukunft dürfte die Tendenz des Wachstums der Außenbezirke mit dem gleichzeitigen Rückgang der Innenbezirke wirksam bleiben. Die Bevölkerung selbst drängt nach außen; dazu kommt, daß die neuere offene Bauweise, die nur in den Außenbezirken durchgeführt werden kann, gelünder ist und daher einen stärkeren Anreiz für die Bevölkerung bietet als der alte Mietskasernenstil. Für die weitere städtebauliche Entwicklung Berlins ausschlaggebend aber ist die Tatsache, daß die Außenbezirke eine weit größere Siedlungsfläche noch zur Verfügung haben als die Innenbezirke. Bauungsfähige Flächen sind nach dem Stande vom 1. April 1931 vorhanden im Bezirk:

	Hektar		Hektar
Lichtenberg	3 752,98	Steglitz	1 407,13
Reinickendorf	3 430,65	Charlottenburg	1 308,46
Zehlendorf	2 826,44	Wilmersdorf	795,19
Köpenick	2 683,71	Prenzlauer Berg	464,76
Spandau	2 371,41	Wedding	455,04
Tempelhof	2 203,08	Schöneberg	326,73
Neukölln	2 108,74	Kreuzberg	309,21
Pankow	1 788,52	Friedrichshagen	207,31
Weißensee	1 721,07	Tiergarten	167,67
Treptow	1 482,02	Mitte	67,27

Viele Außenbezirke haben erst einen Bruchteil der ihnen zur Bebauung zur Verfügung stehenden Flächen bebaut. Ihre Einwohnerzahl kann noch um ein Vielfaches steigen, während die Innenbezirke nur noch geringe Flächen zur Bebauung besitzen. Aber auch diese kleine Fläche der Innenbezirke wird kaum zur Bebauung von Wohnhäusern in Anspruch genommen werden, weil hier nur sehr beschränkte Bauland- und Freizeitanlagen vorhanden sind. In den Außenbezirken mit ihren großen bebauungsfähigen Terrains sind dagegen Frei- und Baulflächen in weitem Ausmaß, deren Erhaltung gesichert ist.

Diese Tatsachen sind für den Kommunalpolitiker nach verschiedenen Richtungen hin bedeutsam. Sowohl bei der zu betreibenden Verkehrsplanung, wie auch bei der Frage der zweckmäßigen Organisation der Verwaltung dürfen sie nicht außer acht gelassen werden.

Max Peters.

Achtung, Ableitungsleiter!

Die Funktionärskarten für das Jahr 1932 können im Bezirkssekretariat, Zimmer 5, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Tr., abgeholt werden. Funktionärswiese erhalten: Bezirksvorstand, der Kreisvorstand, der Abteilungsvorstand, die Bezirksführer u. die Hauskassierer, die Bezirks- u. Stadtverordneten, die Reichs- u. Landtagsabgeordneten des Bezirksverb. Berlin, die Bezirksamtsmitglieder.

Wer macht's nach?

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Als alter Parteigenosse und Leser des „Vorwärts“ bin ich erfreut, 2 Genossen in unsere eiserne Front eintragen lassen zu dürfen. Da dieselben noch nicht Abonnenten des „Vorwärts“ sind, bitte ich denselben vom 1. ab die Zeitung zustellen zu lassen. Ich ist lange Zeit ohne Beschäftigung und daher fällt ihm die Ausgabe schwer. Ich werde daher das Abonnementgeld aus meinen bescheidenen Mitteln für ihn bezahlen, ebenso für St., der mit mir im Hause wohnt. Ich möchte wünschen und hoffen, daß unsere Mitgliederzahl in dieser schweren Zeit bedeutend gestärkt werden muß, daß recht viele Parteigenossen sich meinem Vorhaben anschließen. Mit Parteigrüß ge. Th. M.“

Wir geben die Zuschrift, die für sich selbst spricht, gern wieder. Sie zeugt von echter Solidarität und parteigenössischem Empfinden.

Schändung eines jüdischen Friedhofs.

Natürlich durch Nationalsozialisten.

Hamburg, 5. Januar. (Eigenbericht.)

In der Nacht zum Dienstag wurden auf einem jüdischen Friedhof in Hamburg zwei junge Leute dabei festgenommen, als sie mehrere Grabsteine gewaltsam umrissen und eine Anzahl weiterer jüdischer Grabmäler beschädigten. Wie sich bei näherer Untersuchung herausstellte, handelt es sich bei den beiden Festgenommenen um Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei. Es ist in diesem Falle also endlich einmal gelungen, beweiskräftig festzustellen, daß Nationalsozialisten sich als Friedhofschänder betätigen.

Erschossener Einbrecher.

In Hemelingen bei Bremen brangen des Nachts mehrere Einbrecher in die Wohnung eines Lehrers ein, wurden jedoch überrascht. Die Einbrecher nahmen gegen den Lehrer eine drohende Haltung ein. In der Not gab der Angegriffene einen Schuß aus seinem Jagdgewehr ab. Einer der Einbrecher, ein delfisch verbafter Wilm Müller aus Hemelingen, wurde tödlich verletzt.

Der Schuß auf die Lante.

Vor dem Hause Invalidenstr. 132 spielte sich am Dienstagmorgen ein aufregender Vorfall ab. Ein jüngerer Mann gab nach einem heftigen Wortwechsel auf eine ältere Frau aus einer belgischen Armeekapelle einen Schuß ab, ohne glücklicherweise zu treffen. Der Schütze wurde von Passanten festgehalten, und entwaffnet, bevor er weiteres Unheil anrichten konnte. Wie sich später auf dem Polizeirevier herausstellte, war der Revolverbesitzer ein 23 Jahre alter Kaufmann Walter St. aus Bochum. Das Opfer war seine eigene Lante, an der er sich rächen wollte, weil sie sich gewekert hatte, ihn noch weiter mit Geld zu unterstützen.

Wintergarten.

Als allerletzte Programmnummer hat man sich die größte und schönste aufgehoben: 20 ungarische Zigeunerinnen musizieren, und sie lassen ihre Geigen und Celli und Flöten und Cymbalos nicht obligat im Klavier klingen wie die Engel und dann wieder einherjagen und brausen wie wilde Teufelinnen. Allen voran die Dirigentin Elli Gnes. Nur, wenn man sich diese verdammte schönen Räder der Reize nach ansieht, kommen einem berechnete Zweifel, ob das wirklich alles ganz echt Zigeunerinnen sind. Zugabe um Zugabe mußten sie spenden. Den unerhört sinnlichen Jambor eines Straußschen Wälders bringen sie geradezu betörend zum Ausdruck. — Ganz große Klasse ist auch Herr Sepom me am Steif- und Schlappfell. Im Gegenlag zu einer vor einigen Monaten gegebenen ähnlichen Nummer macht dieser jugendliche Artist von sich selber gar nichts her, vollführt aber Kunststücke, bei denen einem die Haare zu Berge stehen. Ungewöhnlich läßt und glanzvoll vollführte drei junge sympathische Trapezkünstler Jemgannos hoch oben unterm Sternenhimmel. Bei völlig verdunkeltem Saal flogen sie, Meteoren gleich, von Trapez zu Trapez und nur ihre räumlich leuchtenden Köpfe zeigten den gefährlichen Weg. Peters und Billi, gewachsen offenbar auf Neuköllner Boden, vereinen großes Können als Hahnspringer mit heftigem Humor. Die drei Fredwin-Egzentrifer haben einen Kampagnon, den die zwei ausgezeichneten Handstandkünstler als tauchelloses Gummimännchen schaukel behandeln: er wird geknetet, gedreht, geduckt, gepufft, heraufgeholt, herabgelassen und zermantelt und ist immer wieder als seltsames Strichmännchen oben auf. Das Publikum brüllt vor Lachen. Woll und Hoppe, zwei Herren aus Wien, die nichts nicht unbekannt, reden eine Viertelstunde lang aufgelegten Blödsinn, über den man aber, ohne nachzudenken, aus vollem Halse lacht. Radd und Mona Lee, ein elegantes amerikanisches Tänzerpaar, tanzen moderne Tänze: englischen Walzer, Tango und Fox mit effektvoller Akrobatik. Starletts Schimpenpan: ein ausgezeichneter klopender Dressurakt. Ganz schaukellos hat man vor dem absolut rücksichtslosen Zauberkunst von Boros und Dufka: ein Herr aus dem Publikum wird mit der Kritik in ein Kabinett gesperrt. Hernach kommt der Herr ohne Jackett heraus, das die an den Händen gefesselte Dame trägt, ohne daß besagter Herr erklären kann, wie ihm geschehen. Alles in allem ein großartiges Reizprogramm.

jetzt 90 u. 45 Pf. **Wobund** wirkt wie gurgeln es beugt Erkältungen vor!

Ernst Teike: Anfänge der Hoftheater

Die letzte preussische Kotoerordnung bestimmt u. a. auch, daß die beiden Staatstheater in Wiesbaden und Kassel geschlossen werden sollen. Damit würden wieder zwei jener Kunstinstitute verschwinden, die einst als „Hoftheater“ einen besonderen Rang und eine besondere Stellung einnahmen.

Es ist nicht uninteressant, sich ein wenig mit der Geschichte jener ehemaligen Hoftheater zu beschäftigen. Sie spiegelt mehr, als man vermuten sollte, die allgemeine Entwicklung des deutschen Theaters; sie ist aber auch beachtenswert wegen der Schlagschläge, die sie auf die ganze Kultur der Vergangenheit wirft.

Nun würde es hier gewiß zu weit führen, das Werden und Wirken der Hoftheater in aller Ausführlichkeit zu schildern. Einige wenige Andeutungen müssen genügen. Sie mögen dann ihre Ergänzung finden in der Biedergrube bunter Hütchen aus dem Erlebnis von Männern und Frauen, die einst an höfischen Bühnen tätig waren. Solch persönliche Eindrücke und Erfahrungen sprechen oft eindringlicher als lange gelehrte Abhandlungen.

Nicht zu leugnen ist, daß die deutschen Höfe der Entwicklung des Theaters in Deutschland einen entscheidenden Anstoß gaben. Sie waren die ersten, die auf deutschem Boden Berufsschauspieler aufzutreten ließen. Es geschah zu jener Zeit, da man in Deutschland selbst nur Dilettanten kannte, die von Zeit zu Zeit ein „Spiel“ agierten. Erst im Ausland — in Italien, Spanien, Frankreich, England — gab es schon Personen, die gewerbmäßig Aufführungen veranstalteten und dadurch natürlich auch über eine ganz andere Gewandtheit verfügten. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts zogen nun süddeutsche Fürsten vereinzelte italienische „Komödianten“ zu kurzen Gastspielen an ihren Hof. 1586 verpflichtete der Dresdener Kurfürst eine englische Truppe, um seinem Hof „bei Tafel und sonstiger Lust und Ergötlichkeit zu machen“. In den folgenden Jahren luden auch andere norddeutsche Herren englische „Banden“ zu Gast. Das bedeutete gewissermaßen den Anfang des berufsmäßigen Theaters in Deutschland. Die Geladenen gaben meist nach Ablauf ihrer Verpflichtung bei Hofe auch noch öffentliche Vorstellungen, reisten längere Zeit im Lande herum, blieben zum Teil sogar für Jahre in Deutschland, turlum, machten weitere Kreise mit ihren Leistungen bekannt. Unter ihrer Einwirkung bildete sich dann auch ein deutschsprachiges Berufsschauspielerium, lange Zeit freilich nur eine bizarre Vergrößerung des von den englischen Truppen gegebenen Vorbilds.

Diese Truppen deutscher Berufskomödianten, die nach dem 30jährigen Krieg auftauchten, genossen bei den deutschen Höfen allerdings sehr wenig Sympathie und Förderung. Sie mußten zwar, um spielen zu können, eine landesadlige Konzession, das sogenannte Privilegium haben. Aber irgendwelche Rechte gewährte ihnen dies Privileg nicht, und jahrzehntelang dachte keiner der vielen deutschen Fürsten daran, solch ein Truppe etwa zu höfischen Aufführungen heranzuziehen. Das Interesse der Höfe blieb auch im 17. Jahrhundert und noch lange Zeit während des 18. Jahrhunderts der Theaterkunst des Auslandes zugewandt. Man verpflichtete jetzt vornehmlich französische Schauspieler und italienische Sänger; die stürmische Entwicklung der italienischen Oper fand bei den deutschen Höfen ein besonders starkes Echo. Man zog feure Truppen zu Gastspielen heran und man errichtete für ihre Aufführungen kostspielige eigene Theaterbauten. Während des ganzen 17. Jahrhunderts gab es nur zwei Höfe, die für einige Zeit deutsche Schauspieler beschäftigten; der erste war der eines Tiroler Erzherzogs, der im Innsbruck residierte und um 1660 vorübergehend eine deutsche Gesellschaft in seinem Dienst hatte; der andere war der des sächsischen Kurfürsten Johann Georg II., der um 1680 für anderthalb Jahrzehnte die Truppe des Magisters Belthien beforderte; nebenbei war diese Besoldung sehr unzureichend. Die Truppe mußte zwischen durch deshalb immer wieder einmal über Land ziehen, um sich auf eigene Faust den Unterhalt zu verdienen. Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann das deutsche Schauspiel bei den Höfen größere Beachtung zu finden. Die Neubertin und ihre Schüler führten seit 1730 einen erfolgreichen Kampf, um das vermisste Spiel der deutschen Truppen durch ein am französischen Vorbild geschultes, diszipliniertes Spiel zu ersetzen. Hand in Hand damit ging ein wachsendes Ansehen der deutschen Bühnen — und ihre immer häufigere Verpflichtung für die Obliegenheiten eines Hoftheaters. Nicht wenige Truppen kamen auf diese Weise zur Selbstständigkeit.

Die ersten Theatergesellschaften, die von den Höfen beschäftigt wurden, spielten ausschließlich für die fürstlichen Herren und ihre Gäste. Aber allmählich bürgerliche es sich ein, daß auch Fremden gegen Entgelt der Zutritt gestattet wurde, wenn auch im Anfang meist nur an bestimmten Tagen und auf bestimmten Plätzen; Hauptgrund für diese Maßnahme waren wohl die wachsenden Kosten der Hoftheater und die Schwierigkeiten ihrer Deckung. Sie veranlaßten gelegentlich auch den Versuch, den Betrieb des Hoftheaters ganz einem privaten Unternehmer zu übertragen und diesem neben gewissen Vergütungen lediglich die Pflicht weitestgehender Rücksichtnahme auf die Wünsche des regierenden Herrn aufzuerlegen. Mancherlei Mißerfolge ließen dies System aber bald wieder in den Hintergrund treten.

Auch nachdem den Untertanen das Recht eingeräumt worden war, gegen Entgelt an den höfischen Aufführungen teilzunehmen, erforderten die Hoftheater in der Regel erhebliche Zuschüsse. Sie gingen formell zu Lasten der Hofkasse; aber diese wurde doch stets ganz überwiegend aus den Steuern der Untertanen gespeist, sei es direkt, sei es — in späterer Zeit — auf dem Weg über die „Junktionen“. So hatten in Wahrheit die Steuerzahler die Kosten der Hoftheater zu tragen. Einfluß auf ihre Führung durften sie aber nicht ausüben. Die Zusammenfassung des Personals, die Gestaltung des Spielplans — das alles war ausschließlich Sache des regierenden Herrn und seiner Ratgeber.

Zweifellos war es — kulturhistorisch betrachtet — äußerst wertvoll, daß die deutschen Höfe frühzeitig Interesse für theatralische Veranstaltungen zeigten und in der weiteren Entwicklung oft sehr großes Gewicht auf gut dotierte Hoftheater legten. Bei dem Fehlen größerer Städte mit einer kunstinteressierten und dabei zahlungsfähigen Bürgerschaft und bei dem Widerstand der Geistlichkeit gegen jedes berufsmäßige Theaterpiel wäre sonst eine fräftige Entwicklung des deutschen Theaters in den vergangenen Jahrhunderten kaum möglich gewesen. Aber man muß doch feststellen: wirkliche Liebe zur Kunst war es nur in seltenen Fällen, die zur Gründung von Hoftheatern führte; und ebenso selten lenkte künstlerisches Verständnis die Einwirkung, die auf die höfischen Bühnen ausgeübt wurde. Meist war es die Freude an bunter Unterhaltung und der Wunsch nach prunkvollen Schaustellungen, was die Schaffung und Beibehaltung der Hoftheater bestimmte. Nicht ohne Bedeutung für das fürstliche Theaterinteresse war natürlich häufig auch der erotische Reiz, der seit je von den Damen des Theaters ausstrahlte, war mitunter auch die bequeme Möglichkeit, gefällige kleine Freundinnen „jederzeit greifbar“ im Corps de ballet unterzubringen. Nur vereinzelt zeigt die Geschichte fürstliche Herren, die sich mit ernsten künstlerischen Neigungen um den Ausbau ihrer Bühnen bemühten.

Zimmerhin gaben die höfischen Bühnen manchem Künstler von Rang und Namen die Möglichkeit, sich in leitender Stellung zu betätigen. Der Gothaer Hof legte 1774 an die Spitze seines Theaters Konrad Eißel, der wohl der bedeutendste Schauspieler seiner Zeit und dabei ein sehr feinfühliges, von kulturellem Interesse erfüllter Mensch war; in Weimar führte Goethe Jahrzehnte hindurch das Hoftheater; gleichzeitig wirkte als Direktor des Berliner Hoftheaters H. W. Haffland, als Darsteller und Theaterführer sehr viel bedeutender denn als Ständeschreiber; in Wien waren so hervorragende Theatermänner wie Schrenk, Laube, Dingelstedt Leiter der Hofbühne. So ließen sich auch noch manche andere Persönlichkeiten von Bedeutung nennen, die im Dienste der Höfe Wertvolles für die Förderung der Schauspielkunst geleistet haben. Freilich: es ist bekannt, daß Goethe nach 23jähriger treuer Arbeit für das Weimarer Hoftheater abtreten mußte, als er sich weigerte, ein vom Hofe verlangtes Stück mit dem Titel „Der Hund des Lubry“ zu spielen, ein Stück, in dessen Mittelpunkt ein dreifacher Vudel stand; man weiß auch, daß die Forderung des Hofes auf Annahme des Stückes nur die Krönung von

K. R. Neubert:

Leute, die nichts geworden sind . . .

Wenn man sich heute umsieht, überall trifft man Leute, die nichts geworden sind. Trauriges Merkmal dieser Zeit. Das Schlimmste: sie hätten etwas werden können.

Wenn man einen Mittelschullehrer auf Grund der neuen Kotverordnung abbaute, so ist das gewiß ein bitteres, unerbittliches Schicksal. Viel bitterer aber ist das Schicksal der jungen Leute, die bei diesem abgebauten Lehrer einmal Lesen, Schreiben und einiges mehr gelernt haben und — nichts geworden sind. Man kann ihnen keinen Vorwurf daraus machen. In besseren Zeiten konnte man über einen Menschen kein abfälligeres Urteil fällen als daß er nichts geworden ist. Da lag es an seiner Unfähigkeit, an seinen Eigenschaften, seiner Unbrauchbarkeit. (Ich spreche nicht von den Hölle, in denen wilhelminischer Kastengeist Hindernis für den Aufstieg war.) Heute — im Zeichen der Weltwirtschaftskrise — rechnen auch Fähigkeiten und Brauchbare zu den Leuten, die „nichts geworden sind“. Sie haben acht, neun, zehn Jahre auf den Schulbänken gesessen und ihre Zeugnisse nach Hause gebracht, die sich von anderen nicht unterscheiden. Sie waren nicht fleißiger, aber auch nicht träger als andere, die etwas geworden sind. Sie haben dieselben Streiche ausgeheckt und dieselben Freuden und Leiden der Jugend erlebt wie sie.

Und alle, alle wollten etwas werden. Jedem schwebte etwas vor. Jeder hatte ein Lieblingsfach. Eine besondere Neigung. Einen heimlichen Wunsch. Einen brennenden Ehrgeiz.

Und alle wählten sie einen Beruf, als die Schule sie entließ. Sie gingen auf die Universität, in die Betriebe der Industrie, in die Kontore der Wirtschaft. Sie lernten. Aus den Schülern wurden Studenten und Lehrlinge. Aus den Kindern wurden junge Leute, die eine Ahnung vom Leben bekamen. Sie kamen und waren bereit, sich einzugliedern in den riesenhaften Mechanismus des Lebens. Sie wollten, wie man bei ihren Konfirmationsfeiern so schön sagte, „nützliche Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft“ werden. Und heute sind sie 22 Jahre, 25 und 30 Jahre, und sie sind nichts geworden. Der Lehrling hat ausgelehrt und ein paar Stellen innegehabt bei bescheidenem Lohn und der Möglichkeit, seine Kenntnisse zu verwerten und auszubauen für besser bezahlte Stellen. Aber als er verlor, festen Fuß zu fassen in seinem Beruf, als er beginnen wollte, sich seiner Selbstständigkeit, seines Daseins zu freuen, da nahm man ihm plötzlich alle Möglichkeiten. Man haute ihn ab. Man warf ihn auf die Straße, nein, man schickte ihn in die Warterräume der Stempelstellen.

Der Student hat — oft unter größten materiellen Entbehrungen — seine Semester erledigt und die Examina bestanden und — ja, und weiter nichts. Dann kommt das große Nichts. Das große, schwarze Loch, in dem die Zukunft verfinstert.

Man braucht sie einfach nicht. Man will sie nicht. Man kann sie nicht brauchen. Wenn man ihnen das früher gesagt hätte, wären sie vielleicht aus den Schulzimmern in den Wald gelaufen und hätten sich draußen getummelt und wären wie die Bäume aufgewachsen in Licht, Luft und Sonne. Heute würden sie mit Steinen Feuer schlagen, mit einem Holzstumpf den Aker pflügen und sich die Lebensbedingungen schaffen, wie sie sie brauchen. Aber jetzt laufen sie herum mit Anlagen, mit Zeugnissen, mit Hoffnungen, Ausblicken, Berechtigungen und — man drängt sie zurück wie eine

allerlei Intrigen war, weil Goethe einer als Schauspielerin engagierten Freundin des Herzogs nicht genügend zu Willen war. Bekannt ist ferner das Schicksal Joseph Schrenkogs. Achtzehn Jahre hindurch wirkte er am Wiener Burgtheater; durch ihn wurde es zur führenden Bühne Deutschlands; dann magte er einmal, einer Hofcharge, die ihm dauernd in seine Arbeit hineinredete, die Worte zu sagen: „Erzählen, davon verstehen Sie nichts!“ Das führte sofort zu seiner Entlassung. Und in welcher Form geschah sie! Ein Theaterdiener händigte ihm die Kündigung aus — und übermittelte ihm gleichzeitig ein Verbot, das Theater noch einmal zu betreten. Schrenkogl starb an dieser Kränkung. Charakteristisch ist auch, daß die bedeutenden Persönlichkeiten, die im 19. Jahrhundert an den Hoftheatern wirkten, meist nur in zweiter oder dritter Stellung tätig waren. Sie waren Regisseure oder „Artistische Leiter“, hatten aber über sich noch den eigentlichen „Intendanten“. Zu Intendanten, zu obersten Herren der Hoftheater wurden im 19. Jahrhundert fast ausschließlich Persönlichkeiten gemacht, die vom Theater wenig oder nichts verstanden, dafür aber aus gut aristokratischem Hause stammten, sich bei Hofe ausgezeichnet hatten und die besondere Gunst des höchsten Herrn genossen. Offiziere, Hofleute, die vielleicht als Kandidaten bei musikalischen Solos oder Liebhoberaufführungen hervorgetreten waren, erhielten die verantwortungsvollen Posten der Theaterleiter. Sie waren auch meist danach.

Herde wildgewordener Tiere. Man baut Barrieren um sie, schließt sie ab, schlägt sie aus!

O, es gibt Jugendfürsorgestellen. Wohlfahrtsvereinigungen, barmherzige Häuser, Stiftungen und vielleicht reicht es soweit, daß sie nicht gerade verhungern. Aber das andere, die Hauptfache!

Die Hauptfache! Nicht finnis in die Welt gesetzt worden zu sein! Nicht vergebens etwas gelernt zu haben!

Ein Glück für die, die in die Organisationen der Arbeiterbewegung finden und hier mitteilen können am Aufbau einer neuen Gemeinschaft. Wie viele aber sitzen zu Hause und verpassen, was sie gelernt haben. Wie viele gewöhnen es sich an, mit ihren paar Pfennigen in Kneipen Karten zu spielen und die Zeit totzuschlagen. Wie viele verfallen den aufreizenden Phrasen der radikalen Parteien und verfügen zur Lösung der Probleme schließlich nur über die — Faust. Aber — Gerechtigkeit für die Leute, die nichts geworden sind. Sie hätten etwas werden können. Mechaniker, Werkmeister, selbstständiger Handwerker, Kaufmann, Ingenieur, Arzt, Richter. Es ist nicht ihre Schuld, daß sie sich das Brot nicht selbst verdienen können. Sie haben gesunde Arme. Sie haben den Willen. Gerechtigkeit für sie: wie sie kämpfen! Wie sie versuchen, sich über Wasser zu halten. Wie sie die Zähne zusammenbeißen und dem Schicksal trotzen, so lange es geht. Der Buchhalter nimmt eine Gelegenheitsarbeit auf einem Bau an. Er hält die Hacke und den Spaten statt des Federhalters, und der Schweiß läuft ihm von der Stirn. Da wollen die Knochen nicht mehr mitmachen, aber er hält immer wieder durch, weil er sich das Geld verdienen muß.

Der frühere Techniker ist Straßenhändler geworden. Der Dr. phil. ist froh, daß er für die städtischen Werke den Gaszähler ablesen darf. Der junge Bäcker mit dreijähriger Lehrzeit und zwei Jahren Gefangenzeit verdient sich jetzt — arbeitslos — abends ein paar Mark in der Bordale auf dem Rummelpfad. Der Medizinstudent läuft nachts mit Salzkrüden von Lokal zu Lokal.

Monate vergehen. Jahre, beste Jahre ihres Lebens. Sie kommen in die Jahre, wo andere, Glücklichere, daran denken, sich einen eigenen Hausstand zu gründen. Sie aber sitzen immer noch in Schlafjahren und billigen möblierten „Buden“. Oder bei den Eltern, denen sie jetzt eigentlich schon eine Stütze sein sollten.

Manchmal, wenn das Geld nicht mehr reicht, machen die Eltern solche Andeutungen. „Wozu bist du denn da?“ ruft der, zweifelt die Mutter, denn die Miete ist noch nicht bezahlt und beim Fleischer sind die letzten Einkäufe „angefahren“. „Ja, wozu bin ich denn da?“ denkt der Sohn und sein Gesicht wird hart, bleich: „Wozu habt ihr mich in die Welt gesetzt, wozu habt ihr mich in die Schule geschickt und Hoffnungen in mich gesetzt, wenn . . .?“ Dann wirft er wohl die Tür hinter sich zu und rennt durch die Straßen. Verbittert, lebensmüde, angeekelt. Ein Mensch, der nichts geworden ist. Ein Mensch, der nichts werden konnte.

Aber sie ringen sich immer wieder durch. Und — man muß sie bewundern — sie geben die Hoffnung noch nicht auf. Sie glauben immer noch, daß sie etwas erreichen können.

Vielleicht werden sie später einmal das nüchterne, kalte, aber klare, erschütternd treffende Wort des Kultusministers Dr. Grimme über ihr Leben lesen: „Es kam nicht so sehr darauf an, daß man etwas erreichte, sondern darauf, daß man feststand!“

Ein Meister-Illustrator

Gustave Doré, dessen 100. Geburtstag auf den 6. Januar fällt, ist bei uns besonders durch seine Bilder zur Bibel bekannt geworden, die in zwei dicken Bänden erschien, überall in der Welt verbreitet wurde und die Mode jener „Prachtbände“ ins Leben rief, die erstmals auf dem Tisch in Großmütters guter Stube lagen. Diese Bilder geben aber eine ganz unzulängliche Vorstellung von der Meisterschaft dieses Illustrators, der sich in den späteren Jahren seines Schaffens durch eine ungeheure Fruchtbarkeit immer mehr selbstverwirklichte. Die Bedeutung Dorés, die ihn zu einem der größten Illustratoren aller Zeiten macht, liegt in den wenigen Jahren seiner jugendlichen Anfänge. Fast noch ein Knabe, begann er seine Laufbahn und hatte mit 23 Jahren sein Bestes bereits gegeben. In Strasbourg war er geboren, und im Schatten des ehrwürdigen Münsters entfaltete sich seine Phantasie, von dem Geist des deutschen Märchens und der deutschen Romantik genährt. Der 17-jährige bewies in seinen Zeichnungen eine seltene Fröhlichkeit, einen erstaunlichen Sinn für Phantasie und Humor, und als 18-jähriger begann er mit der Veröffentlichung lithographischer Bilderbücher, die sein Talent auf der Höhe zeigten. Es waren sittenbildliche Darstellungen aus dem Leben der Pariser Gesellschaft, die er nun zu studieren begann, Szenen voll bunt wimmelnden Lebens, mit großer Beobachtungskraft und leichtem Spott hingestellt. Die außerordentliche Einfühlungsvergabe, die Doré hier bewies, lenkte ihn auf den Beruf des Illustrators, und es war ein wahrer Pauk des Schaffens, der ihn in seinen ersten Werken mit forstete. Seine Meisterleistungen sind die Bilder zu Rabalais und zu den „Contes bretoniques“ von Voltaire. Besonders in dem letzteren Werk offenbarte er die Ueberfülle seiner Phantasie, die die Geschichten des Dichters in freier Weise umspielt und überwuchert. Mit den 425 Holzgravuren zu diesem Buche schuf der 22-jährige ein Meisterwerk, das die französische Kunst des 19. Jahrhunderts aufzuweisen hat, ein Buch von so müheloser Empfindungskraft, von so üppiger Gestaltung und visionärer Eindringlichkeit, daß

es nur mit den — allerdings ganz andersartigen — Illustrationen Menzels zu Friedrich d. G. verglichen werden kann. Mit diesem Wunderwerk und mit den größten Bildern zu der Geschichte Russlands hatte er jedoch den Höhepunkt seiner Kunst erreicht. Er war unterdessen zum verewöhnlichen Mitglied der Pariser Gesellschaft geworden. Sein Atelier war der Mittelpunkt der eleganten Welt, die Aufträge strömten auf ihn ein und er glaubte, sie alle bewältigen zu können. Dabei hat er viel Gleichgültiges und Banales geschaffen und seine alte Frische nur in kleinen Wagnissen bewahrt, während die großartigen Bilder oft leer und wirt wirkten. Aber gerade diese Illustrationen, besonders zu Dante und zur Bibel, schufen ihm erst den internationalen Ruf, der seiner gerechten Würdigung lange im Wege gestanden hat.

Japans Bevölkerung nimmt zu. Groß-Japan hat nach der letzten Volkszählung etwa anderthalb mal soviel Einwohner wie Deutschland, genau sind es 90.895.000 Einwohner. Diese Zahl setzt sich folgendermaßen zusammen: das eigentliche Japan mit 64.448.000 Einwohnern, Korea mit 21.058.000, Formosa mit 4.595.000 und Karafuto mit 295.000 Menschen. Die Bevölkerungszunahme in Japan ist im Vergleich zu Europa und Amerika außerordentlich groß. Noch im Jahre 1923 hatte das eigentliche Japan nur 59 Millionen Einwohner, 1872 sogar nur die Hälfte der jetzigen Zahl! Auf 10.000 Einwohner werden in Japan im Jahre 334 Kinder geboren; in Berlin dagegen kamen z. B. 1930 auf 10.000 Einwohner nur 85 Kinder, also fast nur der vierte Teil! Es fragt sich allerdings sehr, wie lange sich die Japaner den geburtenüberschüssigen Einflüssen noch entziehen können, bis in den übrigen Kulturländern anscheinend unaufhaltsam zur Wirkung kommen.

Ein Mädel aller Schaulustler in Los Angeles hat noch keine Kuh gesehen, und die Hälfte kannte kein Kalb, bis vor kurzem. Um diesem Mangel abzuhelfen, diese Tiere in allen Schulen gezeigt worden sind.

Die Brücke über den Niagara wird jährlich von mehr als zehn Millionen Menschen begangen.

Ein gesunder Goldfisch kann unter günstigen Verhältnissen fünfzig Jahre und noch länger leben.

Kapitalismus „3. D.“

Man erklärt den Kapitalismus für tot, um sein Leben zu retten. — Ehrlichkeit ist nötig.

Das Jahr 1931 wurde in einem englischen Neujahrsartikel als „ein zwar in vielem unliebsames, aber im ganzen ehrliches Jahr“ bezeichnet. Ein ehrliches Jahr, d. h. ein Jahr der Wahrhaftigkeit, die an Stelle der Selbsttäuschung und Verschleiierung der tatsächlichen Lage getreten ist. Es kann hier dahingestellt bleiben, in welchem Maße diese Kennzeichnung des verfloßenen Jahres für England zutrifft. Für Deutschland trifft sie leider nicht zu. Gewiß hat auch bei uns die harte Wirklichkeit manche Illusion zerstört. Der Mut, die Wirklichkeit so zu sehen, wie sie ist, und aus den Lehren der Ereignisse folgerichtige Konsequenzen zu ziehen, hat sich im deutschen öffentlichen Leben nicht durchsetzen können. Wir wundern uns nicht darüber, da wir wissen, in welchem Widerspruch diese Lehren zu den unmittelbaren Interessen der verschiedenen Gruppen und namentlich zu den Wünschen stehen, die meistens viel stärker als die Erkenntnisse sind.

Wir wollen hier nicht auf die Einzelheiten eingehen, sondern uns noch einmal grundsätzlich mit den Zentralproblemen auseinandersetzen. Es wurde im letzten Jahre von verschiedenen Seiten sehr viel vom „Versagen des Kapitalismus“ geredet. Es ist auch ein Buch „Das Ende des Kapitalismus“ erschienen, welches ziemlich Aufsehen erregt hat. Nun ist es zwar unsere Überzeugung, ja unsere Erkenntnis, daß der Kapitalismus infolge innerer Widersprüche seiner Entwicklung zu einer sich selbst überlebenden „alten Ordnung“ wird, wie es die „alte Ordnung“ in der Zeit der bürgerlichen Revolutionen war.

Indessen droht aber das Schlagwort vom Versagen des Kapitalismus, wie es in den nichtsozialistischen Kreisen modern wird, zur größten Bauerufängerin unserer Zeit zu werden. Man erklärt den Kapitalismus für tot, um sein Leben zu retten.

Oder man versucht, wesentlichste Funktionen der kapitalistischen Wirtschaft für eine Zeitlang außer Kraft zu setzen, damit sie später mit um so stärkerer Kraft wirken könnten. Kapitalismus 3. D. Kapitalismus „zur Disposition“, in Erwartung der Zeit, da er wieder in den aktiven Dienst eintreten kann.

Wir sehen auf der anderen Seite verschiedene Schattierungen des faschistischen „Antikapitalismus“, der letzten Endes nichts anderes anstrebt als die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft unter der Vormundhaft, aber auch unter dem denkbar stärksten Schutz des Staates, wobei allerdings wüster wirtschaftlicher Dilettantismus zu Experimenten neigt, die für die Wirtschaft auch in ihrer kapitalistischen Form von größtem Schaden sein würden (s. B. alle „Autarkie“-Pläne).

Auf der anderen Seite begegnen wir der optimistischen Auffassung, daß der Kapitalismus, nachdem er eine Zeitlang mit staatlichen Krücken gelaufen ist, eines schönen Tages seine ursprüngliche Kraft wiedergewinnen wird. Diesem kapitalistischen Optimismus hat der Reichsbankpräsident Dr. Luther in seinem Weihnachtsartikel in der „D.Z.“ folgendermaßen Ausdruck gegeben:

„Die Kette so harter Staatseingriffe in die Wirtschaft, die durch die Not hervorgerufen ist, wird aller Erfahrung nach in kürzerer oder längerer Zeit eine heftige, aber heilsame Gegenbewegung entfachen. Dann wird sich das Verlangen der Menschen nach wirtschaftlicher Freiheit und Selbstverantwortung mit seiner Ursprünglichkeit wieder machtvoll durchsetzen... Die Handhabung der Wirtschaft wird zu guter Letzt nur einer freien Wirtschaft selber gelingen.“

Auch in dieser Auffassung wird im Grunde genommen stillschweigend das Versagen des Kapitalismus zugegeben, aber nur als eine vorübergehende Schwäche, die auf den Mangel an Liebe zur wirtschaftlichen Freiheit und an Selbstverantwortungsgefühl zurückgeführt wird. Die schwierige Zeit hat ein schwaches Geschlecht gefunden; durch harte Lehren geheilt, wird dieses Geschlecht aber wieder stark werden!

Nicht selten wird die Schwäche des heutigen „kapitalistischen Geschlechts“ durch persönliche Unzulänglichkeit einzelner derzeitiger „Wirtschaftsführer“ erklärt. Ach, wenn nicht die Söhne, sondern die Väter da wären! Und der Staat richtet für die versagenden Söhne eine Art Erziehungsanstalt ein, versucht sie durch seine Eingriffe zu kurieren und zu stärken!

Aus einer solchen Einstellung ergibt sich die Unzulänglichkeit und in vielen Fällen Schädlichkeit der staatlichen Eingriffe, wie sie bei uns vorgenommen werden.

Man sträubt sich gegen die Erkenntnis, daß das Versagen des kapitalistischen Systems, soweit es tatsächlich vorhanden ist, eben das Versagen des Systems und nicht nur die Folge von unglücklichen Zufällen ist.

Deshalb ist die Vorstellung falsch, als ob man vorübergehend das richtige Wirken der kapitalistischen Gesetze durch einzelne staatliche Eingriffe ersetzen könnte. Auf diese Weise erregt man weder die abgeschwächte Anpassungsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft durch die planmäßige Lenkung der wirtschaftlichen Vorgänge, noch läßt man die Kräfte selbständig wirken, die der kapitalistischen Wirtschaft noch immer innewohnen.

Wir geben Beispiele:

Seit dem Bankentrocken bemüht man sich um die Sanierung der einzelnen Banken mit staatlichen Mitteln mit dem Erfolg, daß die Zahl der sanierungsbedürftigen Banken allmählich zunimmt und die wirkliche Sanierung nicht zustande kommt. In der Hoffnung auf die künftige Wiederbelebung läßt man künstlich das Wachstum weiter vegetieren. Man läßt weder die der kapitalistischen Wirtschaft eigene Auslese zur Auswirkung kommen, noch magt man eine gründliche organisatorische Reform vorzunehmen.

Nicht besser bestellt war es mit den staatlichen Eingriffen zum Zweck der Beeinflussung der Preise. Es stellte sich schon im Jahre 1930 heraus, daß der übliche kapitalistische Mechanismus der Anpassung der Preise während der Krise in der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaft (nicht nur in Deutschland) nicht mit der früheren relativen Sicherheit, sondern mit starken Hemmungen funktioniert. Falsch wäre es zu sagen, daß dieser Mechanismus

völlig versagt. An manchen Stellen der Wirtschaft versagte er aber so gut wie vollkommen, während bei sehr vielen Waren der Preissturz außergewöhnlich stark war. Die Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung der verschiedenen Preise ist immer vorhanden und muß in der kapitalistischen Wirtschaft immer vorhanden sein, im Verlaufe der gegenwärtigen Krise war sie aber offenbar viel zu stark.

Der Staat sah sich gezwungen, in diese Entwicklung einzugreifen. Wenn es sich aber um den Ausgleich der Mißverhältnisse handelt, so müssen die Möglichkeiten der Ueberbück über die Art der Preisbildung in einzelnen Fällen und die Mittel zum Eingreifen dort, wo es nötig ist, geschaffen werden. Dies war nicht zuletzt der Sinn unserer alten Forderung nach der Kartell- und Monopolkontrolle. Dies bedeutet aber die ständige Ueberwachung bestimmter Funktionen der kapitalistischen Wirtschaft, das erfordert den Einbau von Wirtschaftsorganen in das kapitalistische System, die nach anderen Grundätzen arbeiten als nach denen der privatkapitalistischen Unternehmungen. Und das wäre zugleich ein Vorstoß gegen wichtige Machtpositionen des Kapitalismus.

Dieser Weg ist nicht gegangen worden. Man will doch, auch wenn man den „freien“ Kapitalismus zur Disposition stellt, ihn für eine glücklichere Zukunft möglichst intakt erhalten.

Durch die Verknüpfung der Preislenkung mit dem Lohnabbau wurde sogar zunächst der Mechanismus der Anpassung der Preise, insofern er funktionsfähig war, nicht unwesentlich gehemmt. Man hat durch diese Verknüpfung die Unternehmer direkt aufgefordert, mit dem Preisabbau so lange zu warten, bis die Schlichter den Lohnabbau beschließen, und mit dem Preisabbau „parat“ zu sein, um einen weiteren Lohnabbau auszuhandeln. Man hat dann die Eingriffe in die Preisbildung so allgemein und nach irgendwelchen geheimnisvollen Zahlenvorstellungen (Preisabbau um 10 Proz. für alle Markenartikel!) gemacht, daß die gegenseitige Anpassung der Preise nicht erfolgen konnte. Indem man zugleich den Abbau der meisten Verdienste über das Maß der Preislenkung für die Verbrauchswaren erzwang, hinderte man die Anpassung der Preise erst recht, da die reale Kaufkraft von neuem sank.

Zur Preislenkung. Merkwürdige Auffassungen der Unternehmer. — Stahlwaren ebenfalls verbilligt.

Der Verband der Glasindustriellen beklagt sich in einer Mitteilung an die Öffentlichkeit lebhaft darüber, daß die Rundschiff einen Preisnachlass von 10 Proz. für Hohlglasartikel verlangt. Die Forderung sei unbedeutend, weil es sich bei den Hohlglasartikeln meistens nicht um preisgebundene Ware handelt. Sei dem wie immer; in der Erklärung kommt aber eine Auffassung zum Ausdruck, die uns charakteristisch für die Auffassung großer Unternehmerkreise zu sein scheint und die wir deshalb festhalten müssen. Der Verband der Glasindustriellen schreibt nämlich, daß die jetzt durch Notverordnung herabgesetzten Löhne und Gehälter, die ebenfalls herabgesetzten Rohstoffpreise und Frachten keinen Ausgleich für den bisher eingetretenen Rückgang der Verkaufspreise bieten.

Hier kommt die Auffassung zur Geltung — und wir fürchten, diese Auffassung wird in der Industrie sehr vielfach geteilt —, daß die Produktionskostensenkung durch die Notverordnung überhaupt nur den Zweck hat, konjunkturelle Preisverluste der Produzenten einfach nur auszugleichen und wettzumachen. Man wäre damit glücklich so weit, daß der Sinn der Notverordnung, die Kosten zu senken, um durch die Senkung der Preise die Reallohnkraft aufrechtzuerhalten, vollständig preisgegeben wird. Wir empfehlen der Reichsregierung, sich einmal mit den Konsequenzen zu beschäftigen, die sich aus einer derartigen Auffassung ergeben müssen.

Die Vereinigung Solinger Stahlwarenfabrikanten hat beschlossen, obwohl angeblich die Preise für Solinger Stahlwaren durch die Notverordnung grundsätzlich nicht berührt werden, den Mitgliedern eine weitere Senkung der Verkaufspreise zu empfehlen. Die Mitglieder sollen für Aufträge ab 1. Januar einen Preisabschlag bis zu 5 Proz. auf die bisherigen Verkaufspreise in Anrechnung bringen.

Die Tarife der Elektrizitätswerke.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung Dr. Goebeler hat als Frist für die Elektrizitätswerke zur Berichterstattung über die beschlossenen Preisentungen bzw. über die Lage der einzelnen Geschäftskreisen den 10. Januar festgelegt. Elektrizitätswerke, die ab 1. Januar eine zehnprozentige Tarifierung vornehmen, sind von der besonderen Berichterstattung über ihre finanzielle Lage und damit auch von einer Nachprüfung befreit. Als eines der ersten hat das Berliner Elektrizitätswerk einen wenig zureichenden Beschluß gefaßt und dem Preiskommissar mitgeteilt. Sonst sind bisher nur spärliche Meldungen kleinerer Elektrizitätswerke eingegangen. Die überwiegende Mehrzahl der rund 3000 deutschen Elektrizitätswerke hat bisher noch keinen Bericht eingereicht. Es läßt sich daher noch nicht übersehen, in welchem Umfange die Preislenkung bei den Elektrizitätswerken sich auswirken wird.

Die Preise für Arzneimittel.

Zu unseren Veröffentlichungen über die Preise für Arzneimittel wird uns aus Kreisen der pharmazeutischen Industrie folgendes mitgeteilt:

Die Preise für pharmazeutische Produkte sind bereits im Sommer 1931 um etwa 5 Prozent gesenkt worden. Die Notverordnung der Reichsregierung vom 8. Dezember 1931 sieht nun vor, daß die Preise für Markenartikel um mindestens 10 Prozent gegenüber dem Stande vom 30. Juni 1931 zu senken sind. Die pharmazeutische Industrie hat entsprechend den Bestimmungen der Notverordnung eine weitere Preislenkung um 5 Prozent vorgenommen, so daß damit die Vorschrift erfüllt ist, daß

Staatliche Eingriffe sind noch längst keine Planwirtschaft.

Lächerlich, von solchen staatlichen Eingriffen als von der „staatlichen Planwirtschaft“ zu sprechen, wie es geschieht. Sie stellen in der Tat das Gegenteil der Planwirtschaft dar, da das Wesen der Planwirtschaft vor allem in der gegenseitigen Anpassung der Relationen, d. h. der Verhältnisse zwischen den einzelnen Bestandteilen des Wirtschaftsprozesses liegt. Demgemäß ist die planmäßige Beeinflussung der Wirtschaft nur in einer organisatorischen Form und als ständige wirkend möglich, nicht aber als einzelne Stöße, die ganz allgemein verschiedene und unter verschiedenen Voraussetzungen wirkende Elemente der Wirtschaft treffen. Durch solche Eingriffe werden zwar, wie wir es bei unseren Beispielen gesehen haben, die der kapitalistischen Wirtschaft innewohnenden Anpassungsmöglichkeiten gänzlich oder teilweise außer Kraft gesetzt, aber keine neuen funktionsfähigen Mittel für die planmäßige Beeinflussung der wirtschaftlichen Vorgänge geschaffen.

Nun ist es die größte Illusion, die sich noch bitter rächen wird, zu glauben, daß auf diese Weise dem Kapitalismus die Möglichkeit erhalten bleibt, sich wieder von allen Hemmungen zu befreien, und in seiner ursprünglichen Frühzeit wiederaufzuleben. Und es kann sehr schlimm werden, wenn man nach einiger Zeit verstanden wird, den Kapitalismus mit aller Gewalt in seiner vollkommenen Freiheit wiederherzustellen oder, um bei unserem Bilde zu bleiben, den Kapitalismus aus der Dispositionstellung wieder in aktiven Dienst zu bringen. So wenig die staatlichen Eingriffe der letzten Zeit etwas mit dem Sozialismus oder mit der Planwirtschaft überhaupt zu tun haben, so tragen sie doch das ihrige dazu bei, um das Schicksal des kapitalistischen Systems zu besiegeln. Und wer nicht will, daß wir als Ergebnis der Entwicklung bloß den zum Krüppel gewordenen Kapitalismus als Lebensform für die Dauer bekommen, der wird sich nicht täuschen lassen, der muß sich ohne Zögern dem großen Werk der Umwandlung der kapitalistischen Ordnung, dem großen Kampf um den Sozialismus anschließen.

G. Decker.

die Preise gegenüber dem Stande vom 30. Juni vorigen Jahres um 10 Prozent abgebaut werden müssen. Außerdem hat die Industrie auch die Preisbindungen, die bisher zwischen den Fabrikanten und dem Großhandel bestanden, aufgehoben, obwohl sie hierzu nach den Bestimmungen der Notverordnung nicht verpflichtet gewesen ist.

So weit die Informationen aus dem Fabrikantenkreise. Man muß sich über den Widerspruch wundern, der zwischen dieser Mitteilung und den Meldungen über die Schwierigkeiten der pharmazeutischen Industrie mit dem Reichswirtschaftsministerium sowie der Verlautbarung des Deutschen Apothekervereins klappt. Merkwürdig ist auch auf alle Fälle, daß die Interessensvertretung der pharmazeutischen Industrie, wie dies sonst in industriellen Kreisen üblich ist, die Öffentlichkeit nicht rechtzeitig über die getroffenen Maßnahmen unterrichtet hat. Eine Klärung von der zuständigen Stelle der Reichsregierung scheint uns hier dringend geboten.

Der Kampf um die Goldklausel. Leisetreten! — Die Taktik des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Das zustimmende Echo, das der energische Vorstoß des Reichsverbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser in der Frage der Goldklausel bei Lieferantenrechnungen gefunden hat, hat jetzt auch den Reichsverband der Deutschen Industrie veranlaßt, in einer Pressekonferenz die Diskussion über diesen Streitpunkt noch einmal aufzunehmen.

So wenig ergiebig auch das Gesamtergebnis dieser Diskussion über das spezielle Streitthema war, so trat doch hierbei ein Punkt deutlich in Erscheinung: die außerordentlich schwache Stellung des industriellen Spitzenverbandes in diesem Kampf. Aus der Fanfare des kürzlich verbreiteten Rundschreibens des Reichsverbandes gegen das Urteil des Kartellgerichts ist eine Chamade geworden. Der Wortführer des Reichsverbandes, Herr Abraham Frome in vom Präsidium, versuchte zwar, den Warenhausverband als den eigentlichen Unruhefester bei diesem Streit hinzustellen, da er angeblich ohne Grund zu dem schärfsten Mittel des Rechtszwanges, dem Boykott, gegriffen habe, doch wirkte die Morbentwache Herrn Fromes an der Industrie alles andere als überzeugend.

Wenn Herr Frome in den Standpunkt des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in der Währungsfrage nochmals nachdrücklich dahin festlegte, daß er unbedingt an einer festen Währung festhalten und niemals die Zeiten wiedersehen wolle, wo es eine Inflation mit Währungsgewinnern und Währungsverlierern gäbe, so fragt man sich erstaunt, warum der Reichsverband sich bei einem derartigen Standpunkt in der Frage der Goldklausel so stark engagiert hat. Es kommt bestimmt nicht schwer sein, diesen Standpunkt bei sämtlichen Mitgliedsverbänden so nachdrücklich zur Geltung zu bringen, daß dieser unergiebliche Streit, der in der Öffentlichkeit eine ganz unnötige Beunruhigung geschaffen hat, gar nicht erst zum Austrag gebracht zu werden braucht. Zum Schluß erklärte der Sprecher des industriellen Spitzenverbandes, daß die Industrie mit dem Warenhausverband zu einer Einigung kommen wolle, jedoch erwarbe, daß dieser auf das Mittel des Boykottes verzichte.

Dresden vereinbart Zinslenkung mit den Gläubigern

Die Stadt Dresden hat sich mit ihren örtlichen Gläubigern über eine Herabsetzung der Zinsverpflichtungen geeinigt. Der Zinsfuß für die ungefähr 30 Millionen Mark betragenden kurzfristigen Schulden wird von bisher 10 bis 12 Proz. auf 8 Proz. herabgesetzt. Die Stadt hat sich verpflichtet, bis zum 31. März 1932 ein Zehntel des Gesamtbetrages zu tilgen. Die Stadterneuerung errechnet aus diesem Abkommen eine Ersparnis von etwa einer Viertelmillion Mark jährlich.

